

Fischern.  
Lastenstr.



# Sozialdemokrat

Organ der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
in der tschechoslowakischen Republik.

**Bezugsbedingungen:**  
Bei Zustellung ins Haus  
oder bei Bezug durch die  
Post  
monatlich . . . Kz 18.—  
vierteljährlich . . . 48.—  
halbjährig . . . 96.—  
ganzzährig . . . 192.—  
Nahnahme  
von Manuskripten erfolgt  
nur bei Einlegung des  
Retourmarken.  
Erscheint mit Ausnahme  
des Montag täglich früh.

2. Jahrgang.

Mittwoch, 6. Dezember 1922.

Nr. 286.

## Die Zufriedenen.

Jetzt nach der Sprengung des Deutschen parlamentarischen Verbandes kann man darüber, daß es so gekommen ist, eine fast allgemeine Befriedigung wahrnehmen. Aus den Reden und Zeitungen der Deutschbürgerlichen hört man ein befreiendes „Endlich!“ heraus. Von allen diesen Parteien sind es nur vereinzelte Stimmen der Deutschdemokraten, welche das Ableben des Verbandes beklagen. Aber auch ihre Äußerungen klingen nicht übereinstimmend. Während der Abgeordnete Kaska vor einigen Tagen in einer Versammlung in Luffig erklärte, daß man möglicherweise bald „Gottseidank!“ sagen werde, daß endlich Klarheit in der deutschen Politik sei, bedauert es der Abgeordnete Kaska, daß aus der Tatsache des Vorhandenseins zweier Strömungen im Verbande die Folgerung „gerade jetzt und schon jetzt“ gezogen wurde und er hofft, daß die „verbandlose Zeit“ nicht lange dauern werde. Mit Ausnahme also vereinzelter Deutschdemokraten herrscht allgemeine Genugtuung. Und auch bei diesen dürfte die Trauer um das Hinscheiden der deutschbürgerlichen Einheitsfront nur darauf zurückzuführen sein, daß sie befürchten, bei kommenden Wahlen um den Rest ihrer parlamentarischen Vertretung zu kommen, denn aus eigener Kraft vermag diese Partei nirgends die notwendige Wahlzahl aufzubringen. Die Herren können beruhigt sein: wenn es zu Wahlen kommt, wird sich der schöne Bund zum Kampfe gegen die sozialdemokratische Arbeiter-schaft schon wieder zusammenfügen.

Am zufriedensten sind die Parteien der Kampfgenossenschaft, die Deutschnationalen und Deutschgelben. Sie müssen naturgemäß ihren Schritt als unerhörten Erfolg anpreisen, da sonst ihre Wählerschaft, der bisher gerade die „deutsche Einheit“ als unerlässlich hingestellt wurde, kopfschüttelnd werden würde. Freilich könnte man angesichts des Jubels, der sich in diesem Lager über die gelungene Zerstückung des Verbandes zeigt, fragen, warum denn nicht schon früher einem Gebilde ein Ende bereitet wurde, dessen Bestand, wie jetzt erklärt wird, ein Hindernis für den wirksamen Kampf bildete. Aus den Betrachtungen dieser Seite erfährt man über die bisherige nationale Einheit der Deutschbürgerlichen, und vor allem darüber, wie der Deutsche parlamentarische Verband arbeitete, erbauliche Dinge. Danach hat die „Einheit“, der beizutreten auch die deutschen Sozialdemokraten unaufhörlich eingeladen wurden, eigentlich niemals bestanden. Diese Einheit war stets nur die für die deutsche Bevölkerung zur Schau gestellte Kulisse, hinter der sich die Einheitsfrontler kapbalden. Seit Kröpfel wieder Vorsitzender des Verbandes war, habe dieser nicht eine einzige Vollversammlung abgehalten. Nichts, gar nichts habe der Verband getan und jeder ernstliche Schritt, den Kampf der deutschen Parteien im Parlament zur schärferen Opposition zu treiben, sei sabotiert worden. Da sei es Pflicht Ludgmanns und Knirschs gewesen, die Lüge von der Zusammenarbeit der deutschen Parteien endlich zu zerreißen, da es keinen Zweck habe, der Bevölkerung draußen noch immer von der Einigkeit zu erzählen, die ja doch nur auf Kosten der Kampfführung gehe und im Sumpfe hätte endigen müssen. Und ein deutschbürgerliches Provinzialblatt faßt seine Betrachtungen dahin zusammen: „Unsere Politik war bisher ohne Ziel, ohne Plan, ohne Mittel. Ein Verdienst des parlamentarischen Verbandes dem nationalen Feinde gegenüber war, daß sein Bestehen diese traurige Wahrheit nicht deutlich erkennen ließ. Dieser bei unserer Armut an politischen Aktionen nicht zu unterschätzende Wert hat ihm innewohnend, mehr nicht von dem Zeitpunkt an, wo die Einigkeit zum Schein geworden war.“ Das heißt mit anderen Worten: das einzige „Verdienst“ des Verbandes war, daß die Öffentlichkeit durch die Tatsache seines Bestandes schändlich getäuscht wurde; und diese Täuschung wurde nicht nur gegenüber dem „nationalen Feinde“ betrieben, sondern, was das Ärgere ist: gegenüber der deutschen Bevölkerung!

## Sozialdemokratische Regierung in Sachsen.

Der frühere Ministerpräsident Genosse Bud von Sozialdemokraten und Kommunisten geschlossen wiedergewählt.

Dresden, 5. Dezember. (Eigenbericht.) Nach der Landtagswahl fanden bekanntlich lange Verhandlungen der Vereinigten sozialdemokratischen Partei mit den Kommunisten statt, um eine Arbeiterregierung zustandzubringen. Diese Verhandlungen scheiterten schließlich, weil die Kommunisten nicht willens waren, die Verfassung des Reiches und des Landes zu respektieren. Heute wurde im Landtag die Ministerpräsidentenwahl vorgenommen. Es stand aber nicht fest, wie sich die Kommunisten dazu verhalten würden, weil die Sozialdemokraten jede weitere Fühlungnahme mit den Kommunisten abgelehnt hatten. Die Sozialdemokraten präsentierten in der heutigen Sitzung des Landtages den bisherigen Ministerpräsidenten Bud. Die Kommunisten erklärten, daß sie ihn wählen würden; damit sollte aber nicht gesagt sein, daß sie mit seinem Programm einverstanden seien. Die kommunistische Partei hoffe, daß Bud sein neues Programm auch ihnen noch vorlegen werde. Die neue Regierung werde von den Kommunisten unterstützt werden, wenn die sozialdemokratische Partei gewillt sei mit ihnen den Kampf gegen die Bourgeoisie aufzunehmen.

Die Wahl ergab von 70 gültigen Stimmen 49 für Bud. Damit ist dieser mit großer Mehrheit gewählt. Sozialdemokraten und Kommunisten haben geschlossen für Bud gestimmt. Ein großer Teil der Volksparteiler und der Demokraten enthielt sich der Stimmen. — Damit ist die sozialdemokratische Regierung in Sachsen mit Unterstützung der Kommunisten gesichert. Die Situation ist also die gleiche wie vor der Landtagswahl.

## Die Hintermänner des Attentats auf Scheidemann.

Die Attentäter hatten Beziehungen zu Günther und Tilkens. — Strafantrag auf ein Jahre Zuchthaus. — Heute erliegt das Urteil.

Berlin, 5. Dezember. (Eigenbericht.) Am Nordpolitz Scheidemann wurde die Beweisaufnahme heute zu Ende geführt. Einige Aufhänger der Jungen haben etwas Licht in den Verlehrs der beiden Attentäter mit ihren Hintermännern gebracht. Eine Jungin, die in dem Pensionat angeheiratet war, in dem die beiden in Wiesbaden wohnten, bezeugte, daß sie öfters den Besuch eines gewissen Günther erzielten. Offenbar ist dieser Günther identisch mit dem in die Nordbarrasse Rathenau verwickelten. Ein Polizeioberinspektor sagte aus, er hätte ermittelt, daß der Auszug zur Befestigung Scheidemanns von dem Leiter der Organisation Tilkens erteilt worden sei. Der Dresdener Polizeipräsident teilte mit, daß ihm eine Wiesbadener Dame, mit der Dehlschlager verkehrt, gesagt hat, dieser habe mit den Worten: „Das Los ist auf mich gefallen“, seine Beziehungen zu ihr abgebrochen. Scheidemann schließt bei seiner Einberufung die Rolle, die er im Kriege und bei der Revolution gespielt hat. Von rechts werde ihm vorgeworfen, er habe durch seine Politik Deutschland in die Niederlage getrieben und den Kaiser zur Flucht gezwungen, von links wurde er angegriffen, daß man ihn als

Sozialpatriot ansehe. Er habe im Kriege und während der Revolution stets nur die Interessen der Arbeiterschaft und des gesamten Volkes im Auge gehabt. Der Vertreter der Anklage, Staatsanwalt Ebermeier, beantragte gegen beide Angeklagte das „Schuldig“ wegen Mordversuches und verlangte als Strafe je ein Jahre Zuchthaus und zehn Jahre Ehrverlust, bei Dehlschlager außerdem drei Monate Zuchthaus wegen Uebertretung des Waffengesetzes. Nachdem noch der Vertreter Scheidemanns gesprochen hatte, wurde die Verhandlung auf Mittwoch vertagt, an welchem Tage (um halb 2 Uhr) das Urteil verkündet werden soll.

### Ehrhardt bleibt in Haft.

Berlin, 5. Dezember. Wie das „Berliner Tageblatt“ aus Leipzig berichtet, hat der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik die Beschwerde des Korvettenkapitäns Ehrhardt gegen seinen Haftbefehl zurückgewiesen. Weiter hat der Gerichtshof das gesamte Vermögen Ehrhardts beschlagnahmt.

## Abgeordnetenhaus.

Nach der oft eintönigen und die Geduld der Zuhörer auf eine harte Probe stellenden Budgetdebatte boten gestern Sitzungssaal und Galerie wieder ein lebhafteres Bild. Die Präsenz der Abgeordneten war bedeutend stärker als in den zurückliegenden Tagen und die Redner sprachen nicht nur zu ihren Klubkollegen, sondern wurden von den Abgeordneten aller Parteien angehört. Zunächst gelangte der vom Senat bereits beschlossene Gesetzesantrag, betreffend die Wehrpflicht erleichterungen zur Verhandlung. Abgeordneter Genosse Joff kritisierte in treffenden Worten den militaristischen Kommandogeist, der bei uns eingezogen und dem auch die ganze Koalition unterstellt ist, und rügte besonders dem Generalinspektor Machar, Dichter a. D., zu Leibe, während Abgeordneter Heeger die Beratung der Vorlage dazu benützte, um auch die unerhörten Vorfälle von Komotau dem Hause zur Kenntnis zu bringen. Während seiner Ausführungen, die von zahlreichen Abgeordneten der Koalitionsparteien mitangehört wurden, gaben unsere Genossen ihrer Entrüstung über das Gehaben des Leiters der politischen Bezirksverwaltung in Komotau Wagner lauten Ausdruck. Bei den Verhältnissen, die im Hause herrschen, ist es fast selbstverständlich, daß alle Abänderungsanträge unserer Genossen abgelehnt wurden. Man konnte ja auch nicht erwarten, daß sich die Koalition der französischen Militärmission widersetzt. Als im Laufe der Sitzung das Gesetz über die Auszahlung einmaliger Zuschüsse zu den Pensionen der Lehrer an slowakischen Schulen, die von Gemeinden und Religionsgemeinschaften erhalten werden, zur Verhandlung gelangte, war es Genosse Hillebrand, der die Gelegenheit benützte, um den Mehrheitsparteien den Begriff Loyalität, den sie so oft im Munde führen, in einer Weise, die ihnen nicht angenehm sein konnte, zu erklären. — Nachstehend der Sitzungsbericht:

Präsident Tomasek eröffnet die Sitzung um halb 2 Uhr nachmittags.

Den ersten Gegenstand der Tagesordnung bildet das Gesetz betreffend die

### Wehrpflicht erleichterungen

Nach dem Berichterstatter Abg. Bradatsch, dem Abg. Mayer (Bund der Landwirte) und dem Abg. David (tschechischer Sozialist) gelangt zum Worte

### Abgeordneter Genosse Joff

Seit der Abfassung des Wehrgesetzes sind zwei Jahre verflossen und wir sehen keinen Fortschritt zur Verwirklichung des Milizsystems. Wir können aber konstatieren, daß sich in sehr einflussreichen Kreisen dieses Staates, insbesondere in Offizierskreisen

eine intensive Wählerarbeit gegen den Gedanken des Milizsystems

breit macht und es ist bedauerlich, daß einer derjenigen, der da mitspielt, der gegenwärtige Generalinspektor des Heeres, Machar, ist. Die Revolutionsnationalversammlung hat sich wohl unter dem Titel eines Zivilkommissars bei der Armee etwas ganz anderes vorgestellt, als eine Person, die periodisch an allen Ecken und Enden Paraden abnimmt und die Offiziersmessern kontrolliert. Die Revolutionsnationalversammlung hat sich wohl gedacht, daß dieser Zivilkommissar das Bindeglied zwischen Armee und der zivilen Regierungsgewalt darstellt.

Dichter haben meist ein kindliches Gemüt und wir würden nur lächeln zu den Spielereien des Generalinspektors Machar und zur Verwendung arabischer Pferde, auf deren keine Familienmitglieder unter Zuhilfenahme der Offiziere reiten lernen. Wir würden darüber lächeln, wenn der Herr Generalinspektor Machar es sich nicht erlaubt hätte, offen gegen das Milizsystem aufzutreten. Der Herr Generalinspektor Machar war es, der in einer Offiziersversammlung folgendes gesagt hat: Aus den Beschwerden der Offiziere geht hervor, daß der Staat nicht genügend diejenigen verteidigt, die ihn verteidigen sollen. Dieser Mißstand wird beseitigt werden, sobald man begreifen wird, daß ein gegen den Offiziersstand gerichteter At-

Die Auflösung des Truggebildes, von dem jetzt die Schleier in Fetzen herabgerissen werden, zeigt in voller Klarheit, wie richtig die Falschung der deutschen Sozialdemokraten gegenüber der vom Deutschen parlamentarischen Verband propagierten Schaffung eines einheitlichen deutschen Volkes war. Als vor mehr als zwei Jahren der Verband an unsere Vertreter im Parlament herantrat, mit ihm eine „Einheitsfront“ zu bilden, lautete die Antwort klar und bestimmt, daß sich die Stellung der deutschen Sozialdemokraten zu den nationalen „Jungen“ grundsätzlich von der Stellung der deutschbürgerlichen Parteien unterscheidet und daß sich daraus von selbst auch verschiedene Methoden und Ziele ergeben. Unsere Partei wolle daher den Forderungen des deutschen Volkes viel besser dienen, wenn sie den Kampf darum grundsätzlich führe und „nicht be-schwert von der Last eines Verbandes, dessen Bestand nur auf der Grundlage des Aufgebens grundsätzlicher Politik möglich wäre.“ Die Entwicklung der deutschbürgerlichen Politik beweist, wie sehr wir recht hatten, mit ihren Parteien eine Gemeinschaft abzulehnen. Nun zeigen sie selber ihre Freude, daß sie von der Bindung untereinander loskommen, weil sie sich bei ihrer Politik „ohne Ziel, ohne Plan, ohne Mittel“ gegenseitig im Wege standen und sich nicht ein-

mal über die Methoden des Kampfes zu einigen vermochten. Drei Jahre des „Irrtums“ waren nötig, um sie dahin zu bringen, zu erkennen, daß ihre Politik eine falsche und irreführende war. Und dieser Gesellschaft, die selbst nicht wußte, was sie wollte, sollten wir unsere grundsätzliche Politik, welche die Schaffung der internationalen parlamentarischen Kampffront der Vertreter des Klassenbewußten Proletariats erstrebt, zum Opfer bringen! In dieser unserer grundsätzlichen Klassenpolitik, von der wir auch die Lösung des nationalen Problems in diesem Staate erwarten, mögen die abgetakelten Einheitsfrontler jetzt noch ihren billigen Spott üben; darüber entscheiden, wer recht hat, wird schließlich der Erfolg. Die „Kampfgenossenschaft“ hat jetzt vollkommen freie Hand und sie wird zu erweisen haben, was sie zu leisten vermag. Wenn die Bürgerlichen von links und rechts ihre Freude über die Zerstückung ihres Verbandes äußern, so ist das noch lange kein Beweis, daß sie jetzt an die Stelle der konfusen Verbandspolitik Besseres zu setzen wissen. Uns aber erfüllt nach wie vor die Zuversicht, daß der Tag kommen wird, an dem das international geschlossene Proletariat, unbekümmert um das nationalistiche Geschrei seines Bürgertums, jeder Unterdrückung, auch der nationalen, ein Ende bereiten wird.

immer ein At gegen den Staat ist; nun sagte er wörtlich: „Der Traum von der Miliz wird wohl ein Traum bleiben.“ Ich frage nun die Herren, wo es einen zweiten Staat auf der Welt gibt, in dem ein Zivilkommissar wegen würde, ganz offen gegen die feierlich von der Nationalversammlung beschlossenen Grundsätze des Ausbaues der Heeresorganisation Stellung zu nehmen? Wo ist ein Staat, in welchem ein solcher Mensch auch nur eine Stunde nach einer solchen Äußerung auf seinem Posten bleiben könnte. In jedem anderem Staate würde ihm unisono die Antwort erteilt werden:

Herunter vom Pferd, hinauf auf den Bergast.

Wir haben alle Ursache, wo solche Freunde des Milizsystems am Werke sind, uns fest zusammenzufinden und zu erklären, daß wir unter keinen Umständen von dem, was die Revolutionsnationalversammlung ausgesprochen hat, ablassen: Die eheste Durchführung des Milizsystems.

Gestatten Sie nun, meine Herren, daß ich mit ein paar Worten auf die Geschichte dieser Vorlage zurückkomme. Der Gesetzentwurf wurde in der Frühjahrsession dem Hause unterbreitet und hat insbesondere im Wehrausschusse heftigen Widerstand gefunden. Es ist keine Übertreibung, wenn ich sage, daß die Mehrheit des Wehrausschusses unbedingt der Ansicht war, daß eine weit längere als die im Gesetze vorgesehene Dienstzeit vollständig genügen würde. Ich möchte bei dieser Gelegenheit nur darauf hinweisen, daß im alten Oesterreich, wie bereits mein deutscher Vorredner gesagt hat, die zweimonatliche Dienstzeit für derartige Personen vorgesehen war, in Italien, einer Stütze des tschechoslowakischen Staates, heute die dreimonatliche Dienstzeit für Familienerhalter fixiert ist. Der Chef des Generalstabes, General Mittelhanser, hat jede Aenderung dieser Vorlage verboten.

Der Herr Generalstabschef hat kommandiert, Minister und Volksvertretung haben zu gehorchen.

Mit einem Worte, hier in diesem Hause regiert niemand anderer als der Generalstabschef. Nun ist dies nicht mit größter Besorgnis erfüllt? Haben wir nicht die gleiche Situation in unserem Staate wie im alten Oesterreich und in Deutschland vor dem Kriege, wo eine Anzahl Kriegshandwerker die unumschränkten Kommandanten des Staates waren?

Redner befaßt sich sodann mit der Geschichte der Vorlage, den Mängeln und schließlich:

Ich möchte Sie in letzter Stunde darauf aufmerksam machen, daß es unbedingt notwendig ist, eine Reihe von Aenderungen in dem Gesetze vorzunehmen. Ich bitte Sie, dieses Gesetz noch einmal an den Wehrausschuss zurückzuweisen, damit er diese Aenderungen vornimmt. Tun Sie das nicht, so beladen Sie sich mit der Schmach des Kadavergehorsams und Sie machen sich vor der ganzen Welt lächerlich. Sie machen sich deshalb lächerlich, weil das Gesetz solche Mängel enthält, daß der Präsident der Republik niemals die Veröffentlichung des Gesetzes anordnen können. Was Sie gewärtigen müssen, ist, daß der Präsident Ihnen das Gesetz zurückschickt und Sie vielleicht viel später erst, in einigen Monaten, dazu kommen können, das Gesetz fertigzustellen. Das Gesetz enthält nämlich eine Reihe von formalen Mängeln. Ich will nur einen der wichtigsten Mängel herausgreifen, der wahrscheinlich auf die schleuderhafte Arbeit unfähiger Beamten zurückzuführen ist. Im letzten Paragraphen dieses Gesetzes heißt es zum Beispiel, daß dieses Gesetz die schlesische

Landesregierung durchführen wird. Nun haben wir aber schon seit zwei Jahren keine schlesische Landesregierung, wir haben nur eine politische Landesverwaltung in Schlesien. Stellen Sie die Vorlage an den Wehrausschuss zurück und Sie werden nach einer nochmaligen Durchberatung des Gesetzes ein wirklich brauchbares für die Bevölkerung schaffen können. (Beifälliger Beifall.)

Nach dem Abg. Nerta (Kommunist) und dem Abg. Novak (tschechischer Sozialdemokrat) bespricht

Abgeordneter Genosse Preger

u. a. auch die

**Romolauer Vorläufe**

Das Industriegebiet Romotau ist vielleicht mehr als andere von der Arbeitslosigkeit betroffen. Schon seit Wochen sind die Vertreter der Arbeiter und der Arbeitslosen aus dem Romolauer Gebiet bemüht, in Prag die Frage der Arbeitslosenunterstützung zu regeln. Viele Versprechungen der politischen Behörden in Romotau und schöne Worte und Versprechungen in Prag, bis zum heutigen Tage jedoch ist für die Arbeitslosen in Romotau nicht das geringste geschehen. Die Folge davon ist natürlich, daß diese Arbeitslosen, die des Wartens und Bangens müde sind und nicht mehr wissen, was sie anfangen sollen, sich zusammenrotten und Kundgebungen veranstalten, um auf diese Weise ihren Forderungen den notwendigen Nachdruck zu verleihen.

Eine solche Arbeiterdemonstration fand nun am 3. Dezember in Romotau statt. Die Arbeitslosen versammelten sich vor der politischen Bezirksverwaltung. Ein Arbeitsloser hielt eine Ansprache und forderte die Anwesenden auf, eine fünfgliedrige Deputation zu wählen, die zum Leiter der politischen Bezirksverwaltung, dem dortigen Bezirkshauptmann geben sollte, um die Wünsche und Forderungen der Arbeitslosen vorzutragen, damit diese nach Prag weiter geleitet werden. Der Bezirkshauptmann in Romotau, Abg. Hirsch: Wagner heißt der gute Mann!

hat zu den Forderungen der Arbeiter nicht Stellung genommen, sondern

hat einfach den von den Arbeitslosen bestimmten Sprecher der Deputation verhaften lassen.

(Rufe: Hör! Hör! Pfui!) und hat damit die vor dem Gebäude der politischen Bezirksverwaltung harrende Volksmenge begrifflicherweise in eine furchtbare Aufregung versetzt. Dieser Beamte hat auch sofort veranlaßt, daß Polizei, Gendarmerie und Militär aufmarschierte und unter dem Schutz der Bajonette (Hör! Hör!) unter dem Schutze der bewaffneten Macht und im Bewußtsein, daß ihm ad personam nichts geschehen könne, hat dieser Mann die Freiheit, die Arbeitslosen noch in der gemeinsten und ordnungslosen Weise zu beschimpfen. Er erklärte wörtlich:

Durch die demonstrierende dreißige Bagage lasse ich mich nicht einschüchtern.

(Abg. Uhl: Der Mann muß weg! Abg. Hirsch: Er gehört nicht auf den Platz.)

Ich werde die Menge auseinander treiben lassen, wobei es ganz egal ist, ob es dabei zu blutigen Zusammenstößen kommt oder nicht. Das sagt ein politischer Beamter. Er verhöhnt, verspottet und beschimpft die Arbeitslosen, während gerade er dazu berufen sein müßte, nicht nur für Ruhe und Ordnung zu sorgen, sondern ausgleichend und begütigend einzuwirken, nicht aber die hungernden und gequälten Menschen noch zu verhöhnen und zu verletzen. (Abg. Beutel: Das ist mehr als österröichisch.)

Als der eine Sprecher der Arbeitslosen verhaftet war, bemühten sich auch die Vertreter der Arbeiter, vorzusprechen und dem Bezirkshauptmann klar zu machen, daß seine Vorgangsweise nicht geeignet sei, zur Beruhigung beizutragen, sondern zur Verschärfung der ohnehin vorhandenen Erregung beitragen müsse. Was tat nun der Herr Bezirkshauptmann? Höhnend antwortete er dem Vertreter der Arbeiter, daß er von einer Not der Arbeitslosen bisher noch nichts bemerkt habe. Daß dieser Bezirkshauptmann die Not der Arbeitslosen nicht kennt, glaube ich auch. Es zeigt mir aber, daß dieser Mann diesem Posten nicht gewachsen ist, denn sonst müßte er in seiner Tätigkeit als Leiter des politischen Amtes wissen, was für eine Not bei den Arbeitslosen herrscht. Als die Vertrauensmänner der Arbeiter bei ihm vorsprachen, was ihr gutes Recht ist, ereignete sich die Tatsache, die als unerhört bezeichnet werden muß und die sich bisher wohl kein politischer Beamter den Vertretern der Arbeiter gegenüber anwenden traut. Er wies den Vertretern, die gekommen waren, um zu verhandeln, daß der Verhaftete freigelassen werde, damit die Erregung nicht noch gesteigert werde und damit unter Umständen ein Blutbad vermieden werden kann, nicht nur die Tür, er sagte ihnen auch:

„Schauen Sie, daß Sie hinauskommen.“

Abg. Dr. Hollischer: Der Herr Minister des Innern soll Bericht erstatten.

Ein Mann, der berufen ist, für Ruhe und Ordnung zu sorgen, müßte sich vor allem in der Behandlung der Arbeiter andere Umgangsformen angewöhnen, als es hier der Fall ist. Es ist vor allem eine Frechheit, die Arbeiter unter dem Schutze der Bajonette in der gemeinsten Weise zu beschimpfen und zu verhöhnen, es ist eine Gemeinheit, sie „dreißige Bagage“ zu nennen und die hungernden und gequälten Arbeitslosen wie eine Horde Vieh vor die Bajonette der Soldaten zu treiben. Wir müssen uns daher ernstlich fragen, was der Herr Minister zu tun gedenkt, was er einem Beamten gegenüber zu unternehmen gedenkt, der seine Pflichterfüllung so auffaßt, oder aber ist er auch der Meinung, daß die Arbeitslosen in einer solchen Weise behandelt werden können?

Wir müssen bei dieser Gelegenheit vor allem verlangen, daß der Mann zu Verantwortung gezogen werde. Wenn nichts geschieht, wenn man glaubt, über die Dinge ruhig zur Tagesordnung hinübergehen zu können, wenn die Regierung hier nicht eingreift und dem Manne das Handwerk legt, dann wird sich die Arbeiterschaft selbst zu helfen wissen. Wir müssen aber bei dieser Gelegenheit auch gegen die Art der Verwendung des Militärs protestieren. (Sehr richtig!) Es ist im alten Oesterreich wiederholt vorgekommen und das waren gerade Sie es (zu den Bänken der Mehrheitsparteien gewendet) die dort Stellung dagegen nahmen. Heute haben wir eine demokratische Republik (Abg. Beutel: Mit Respekt zu melden) und wir sehen, daß auch hier der Militarismus vor allem benützt wird, um gegen die arbeitslosen Menschen vorzugehen.

Zu dem in Verhandlung stehenden Gesetzentwurf verweist Redner darauf, daß die Anzahl der Wehrpflichtigen, die einer Begünstigung teilhaftig werden sollen, nicht ziffermäßig festgelegt werden sollte. Er verlangt speziell die Streichung der Bestimmung über Nichtberücksichtigung verspätet eingelangter Ansuchen und sagt, daß bei Rückverweisung des Entwurfes an den Ausschuss die von unserer Partei beantragten Verbesserungen des Gesetzes durchgeführt werden könnten, weshalb er das Haus bittet, den Antrag auf Rückverweisung anzunehmen. (Beifälliger Beifall.)

Es sprechen die Abg. Dhl (tschechischer Nationaldemokrat) und Scharnagl (deutscher Christlich-sozialer), worauf der Berichterstatter das Schlußwort hält.

Es wird zur Abstimmung geschritten. Sämtliche Änderungsanträge unserer Genossen, so der Antrag der Abg. Genossen Zoll, Seeger und Uhl auf Rückverweisung der Vorlage an den Wehrausschuss, der Antrag auf Herabsetzung der Wehrpflicht für Familienväter usw. von sechs auf zwei Monate, der Antrag des Abg. Genossen Uhl auf Streichung des dritten Absatzes usw. werden abgelehnt. Die Gesetzesvorlage wird in erster Lesung in der Fassung des Ausschusses angenommen.

Das Haus erledigt sodann debattelos die Vorlage über die Versorgung der russischen Kriegsgeschädigten und geht zur Verhandlung des Gesetzentwurfes über die

**Auszahlung einmaliger Zuschüsse für die slowakischen Lehrer**

über. Nach dem Berichterstatter spricht als erster Redner

Abgeordneter Genosse Gillebrand.

Er bezeichnet die Vorlage, die in Verhandlung steht, in ihrer jetzigen Form als eine beispiellose Gesetzmacherei.

Er verweist auf die äußerst traurige Lage, in der sich jene Lehrpersonen befinden, die nach dem Gesetzentwurf, der beantragten einmaligen Staatsaushilfe als würdig befunden werden sollen. Es ist aus politischen und sozialen Gründen notwendig, die Verhältnisse dieser Lehrpersonen, welche Jahre hindurch regelmäßige Beiträge zum Pensionsfond geleistet haben, gesetzlich zu regeln. Abgesehen davon, daß der Beitrag, der zu diesem Behufe ausgeworfen wird, geradezu als armelig bezeichnet werden muß, sollen aber nach dem Gesetzentwurf die betreffenden Lehrpersonen (sowie deren Witwen und Waisen nicht alle gleichmäßig anspruchsberechtigt sein, die Vorlage überläßt es vielmehr der Willkür irgend eines Zupans, zu bestimmen, wer diese einmalige Staatsaushilfe zu erhalten hat. Damit richtet man aber ein System des Regierens mit Zuderbrod und Peitsche ein.

Man hat die Menschen allzulange in trasser Not und unerträglichem Elend verkommen lassen und nunmehr, wo man sich sagt, es geht nicht so weiter, will man aus einem dringenden und unaussprechbaren Akt selbstverständlicher sozialer Pflichterfüllung

ein wahres Schandgeschick zur Abfertigung von Scheitern und Arischen

machen, die man dafür belohnt, daß sie ihre Gesinnung für diesen staatlichen Beitrag eventuell verkaufen. Das was hier geschehen ist, was gesetzlich festgestellt werden soll, ist ein Akt der Willkür, gesetzlich verankert und in die Form des Rechtes gebracht. Man spricht davon, und einer der Herren Referenten hat getreulich nachgefragt, was der Motivenbericht vorweist, daß soziale Gründe für dieses Gesetz maßgebend seien. Ist es nicht eine himmelschreiende Verlogenheit, wenn man von sozialen Gründen in demselben Atemzuge spricht, wo für soundsoviel Menschen, die wirklich in sozialer Notlage stehen, ein Ausnahmerecht aufgestellt wird, ein Ausnahmerecht, soundsoviel Menschen nach wir vor diesem bitteren Elend überlassen zu wollen.

Nein, soiale Erwägungen haben Sie nicht geleitet, sondern lediglich politische Motive, die bei der Schaffung dieses Gesetzes maßgebend ge-

**Das Schiff „Zufall“.**

Von John Gabriel Saltis (London).

Das Schiff „Zufall“ verließ Masanow am 6. September 1809. Es war nach einem fernen Hafen bestimmt und trug Gold und Silber an Bord. Seine Besatzung bestand aus 22 Mann, einen Kapitän, einen Rechtsanwalt und den Eigentümer der unschätzbaren Ladung imbehalten.

Das Wetter war schön und der Himmel klar, die See ruhig und der Wind allmählich. Und dieses schöne Wetter dauerte etwa eine Woche lang an. Dann aber, als sich der „Zufall“ inmitten des Ozeans befand, erhob sich ein schrecklicher Sturm, der mehrere Tage hindurch tobte und den „Zufall“ wie ein Stückchen Kork auf zornigen Wellern herumtrieb. Als sich das Wetter wieder aufheiterte hatte, fand der Kapitän, daß das Schiff seinen Kurs verloren habe.

Wochenlang suchte der „Zufall“ nun auf fremden und trügerischen Meeren Wea und Ziel vergeblich. Die Vorräte schwinden, waren endlich völlig aufgebraucht und der Besatzung bemächtigte sich Verzweiflung. Sollten nicht alle verloren sein, so blieb nichts übrig, als einen aus ihrer Zahl zu töten und sein Fleisch zu verzehren. Der Entschluß war furchtbar, doch schien er unermesslich.

Früh am nächsten Morgen, gerade als die Männer durchs Los entscheiden wollten, wessen Leben geopfert werden müsse, ließ der Ruf des Rechtsanwaltes Archibald Bennnworth: „Land! Land!“ die Augen der unglücklichen Mannschaft in die Ferne schauen. Ja, dort lag ein Land! Der „Zufall“ lief eine unbekannte Insel an. Die Männer traten aus dem Schiffe. „Wir sind gerettet“, riefen sie.

Das drängendste und unmittelbare Problem war das der Nahrung. Das Gold und Silber, im „Zufall“ angehäuft, war unnütz, denn es konnte nicht geessen werden.

Zum Glück besaß die Insel üppige Vegetation. Und so gingen ein paar von den Leuten auf Erkundung aus, was denn auf der Insel Genießbares wüchse. Die Schar kam bald zurück und brachte wilde Riegen mit, die auf einem nahen Hügel geweidet hatten. Auch gab es wilde Früchte in Menge, ebenso fanden sie viele Arten Nüsse.

„Alles was wir zu tun haben, ist, der Insel unsere Arbeit zu geben, bis wir einmal befreit werden!“ so sprach Charles Stewart, der alte Seemann.

„Ja, so ist es!“ stimmten alle Seeleute ihm zu.

Während die Seeleute sich entschlossen, den Kampf mit der Insel aufzunehmen, beschloßen die drei Anachören der übergeordneten Menschensele, nämlich der Kaplan, der Rechtsanwalt und der Besitzer der Gold- und Silberschätze, sich zu Eigentümern der Insel zu machen. Denn die Bodenbearbeitung sagte ihnen nicht recht zu. Und das war erklärlich. Sie wollten nicht nur nicht arbeiten, sondern auch noch die Arbeit der anderen überwachen. Sie fanden sich also zu heimlicher Verschwörung in einem nahen Walde zusammen und nun eröffnete Archibald Bennnworth, der Rechtsanwalt, seinen Plan: „Ich will die Eigentumsrechte an dieser Insel beanspruchen auf Grund der unbestreitbaren Tatsache, daß meine Vorfahren vor hundert Jahren dem König von Spanien darin beistanden, etliche hunderttausend Indianer abzuschlachten. Ich will behaupten, der König von Spanien habe deshalb meiner Familie in Anrechnung ihrer außerordentlichen Verdienste um König und Vaterland diese Insel als leihend den Besitz erbeigentlichlich zugesprochen.“

„Und nun, mein lieber Reverend Modern“, sagte Bennnworth zu dem Kaplan, „nun mußt du meinen Anspruch bestätigen, indem du erklärst: es sei Gottes Wille und der Obrikeit müsse gehorcht werden! Das wird die Gemüter der Burken in Verwirrung bringen — und meine Eigentumsrechte sind gesichert!“

Und dann, zu dem Finanzmann sich wendend, dem Herrn über Silber und Gold, der sich gegen einen Baum geschnitten hatte und reichlich schweißmüde und verdüstert dreinsah, sagte er: „Ist die Insel erit einmal in meinem Besitze, dann wollen wir das Gold und Silber dazu benutzen, um die Seeleute für ihre Arbeit zu bezahlen. Und wie die Insel in unserem Besitze ist, wird es dann auch das Gold und Silber sein!“

„Eine glänzende Idee, Archibald, eine glänzende Idee!“ rief der Finanzmann, dem die Lebenswohler wiederkehrten. Er klopfte Bennnworth anerkennend auf die Schulter.

„Also wir sind alle einig, nicht wahr?“ fragte Archibald.

„Wir sind es!“ antworteten ihm die Freunde.

Und die drei verließen den Wald, um ihren Plan den Seeleuten zu eröffnen.

Die rote Scheibe der flammenden Sonne sank langsam, als sich die verlorene Mannschaft des „Zufall“ vor einem großen Felsen nahe der Küste versammelte, um die drei übergeordneten Persönlichkeiten sprechen zu hören. Eine süße Brise rauschte durch die Blätter eines umweiten Baumes, aus dessen Geäst ein schöner Vogel läche, bezaubernde Melodien vernahmen ließ. Bald gossen auch die Sterne ihren sanften, goldnen Glanz erdenwärts.

Archibald bestieg den Felsen und seine Freunde begleiteten ihn. Und nachdem er in wohlgeheiter und fluorer Rede den Anspruch

seiner Eigentumsrechte an der fruchtbaren Insel vorgebracht hatte, rief der alte Kaplan Wolkter vor Befristung dieses Anspruches den unerforschlichen Willen Gottes an.

Aber da geschah es, daß die Seeleute allen Worten und Ansprüchen gegenüber taub und unbeschreiblich blieben.

Dann bestieg Bassar, ein Seemann, der in seinem Leben manchen Gedanken über die Menschen und ihr Recht an der Erde an Gedacht hatte, den Rednerfelsen und sagte etwa dies:

„Meine Herren! Sie können ihr Gold und Silber behalten, denn es ist uns zu nichts nütze — wir können es nicht essen. Um auf dieser Insel leben zu können, dazu ist nötig daß man arbeite. Denn es verlangt Arbeit, die Riegen zu melken, die Früchte zu pflücken, die Bäume zu fällen, das Holz zu spalten und Hütten daraus zu bauen. Diese Insel gehört denjenigen, die sie bebauen und bewohnbar machen. Wir Seeleute haben uns deshalb zu verschiedenen Arbeitsgruppen zusammenzusetzen, wir wollen die Arbeit leisten. Sie, meine Herren, haben nun die Freiheit, sich jener unserer Arbeit anzuschließen, die Ihnen am besten zupasst. Aber hören Sie: wenn Sie nicht arbeiten, werden wir Sie nicht ernähren!“

Diese Rede überraschte die übergeordneten Persönlichkeiten nicht wenig, doch blieb ihnen auf jener Insel keine Wahl, als sich dem Beschluß der Mehrheit zu fügen. Und dieser Beschluß wogava sie zur Arbeit.

Doch als sie von jenem Felsen hinstiegen, da sagte der Finanzmann zu seinen Freunden: „Seht, das macht Erziehung aus solchen Leuten!“

Und er erklärte in jenem Augenblick, daß sein Gold und Silber nicht die letzten höchsten Dinge des Lebens seien.

(Übertragen von Max Pageh.)

wesen sind. Aber, meine Herren von der Majorität, es ist, ich glaube, ein verhängnisvoller Irrtum, dem Sie hier erliegen. Am Schluß werden Sie die betroffenen Betrüger sein. Jeden, den Sie hier unter die Nichtbegünstigten einreihen, jeden, den Sie abweisen, werden Sie zu einem Feinde dieses Staates machen, der ein solches Unrecht an ihm begeht. Daß und Groß werden Sie sein und Sie werden die entsprechende Ehre erhalten. Da klagen Sie, daß da und dort Anfälle zur Irredenta vorhanden seien. Ja, durch solche Gesetze werden die Irredenta, wenn sie besteht, nicht aus der Welt schaffen können. Wenn in der vergangenen Woche hier von destruktiven Elementen gesprochen wurde, sage ich: ja, Sie sorgen ja selber dafür, daß diese destruktiven Elemente im Staate nicht aussterben. Sie schaffen sie durch brutales Unrecht, das Sie gesetzlich festlegen. Die Staatsfeinde sind, wie der Notizenbericht sagt, unter denen, die ausgenommen werden sollen. Ich glaube, meine Herren,

**die aller schlimmsten Feinde dieses Staates sind in Ihren eigenen Reihen,**

es sind die, die solche Korruptionsgesetze beschließen, die die Korruption zum Gesetz erheben und das Unerträglichste tun, das wir bisher auf dem Boden der Gesetzgebung erlebt haben. Da fäuseln Sie, wie unlängst Dr. Erdinlo, von der Loyalität der Minderheit. Ihre Loyalität ist die rücksichtslose Protektion, sie ist die schamlose Willkür, ist die offenkundige Beschamwärtigkeit, die Sie hier gesetzlich aufrichten wollen. Nur eines unterscheidet den Akt von früheren ähnlichen, die sie vollführt haben: Die zynische Offenheit, die brutale Offenheit, mit der sie Korruption und Beschamwärtigkeit aufrichten wollen.

Wir deutschen Sozialdemokraten lehnen es selbstverständlich ab, diesen Akt der moralischen Verworfenheit, und diesen nackten Mißbrauch der Gewalt mitzumachen. Bedenken Sie nun, daß das, was Sie vollführen wollen, schließlich und endlich vor allem auf das Konto ihres Staates geht, daß Sie Ihr Parlament vor allem dadurch in Mißkredit bringen, und für die Dauer wird es Ihnen nicht gelingen, der Öffentlichkeit des Auslandes, weiß Gott was vorzulügen.

Wir also tun nicht mit und haben deshalb einen Antrag eingebracht, der verlangt, daß die Worte „Nach freiem Ermessen“ aus dem Gesetzentwurf gestrichen werden. Wir haben uns bemüht, im Kulturausschuß und im Budgetausschuß die Ungeheuerlichkeit dieser Bestimmung der Mehrheit klarzumachen. Die immer sind unsere Argumente ungehört verhallt. (Lebhafte Beifall.)

Während der folgenden Rede des Abgeordneten Haneke (slowakische Volkspartei) protestieren dessen Parteigenossen in lebhafter, zuweilen geräuschvoller Weise gegen die parteiische Haltung der Regierung in den slowakischen Lehrerfragen.

Nach den Schlussworten der Berichterstatter findet die Abstimmung statt. Alle Abänderungsanträge werden abgelehnt und die Vorlage in erster Lesung in unänderlicher Fassung angenommen.

Die Mehrheit lehnte auch den Antrag ab, die Debatte über die Dringlichkeitsresolution des Genossen Grünzner betreffend die geplante Herabsetzung der Staatsbeamtenbezüge zu eröffnen, ab. Die Sitzung wurde sodann um einhalb 6 Uhr geschlossen.

Nächste Sitzung Donnerstag den 7. Dezember um 1 Uhr nachmittags.

**Budgetauschuß des Senats.**

Sitzung vom Dienstag, den 5. Dezember.

Schon in der vorbereitenden Sitzung des Budgetausschusses, in der der Vorsitzende des Senates, Jiraset den Verhandlungsplan des Budgets zur Verhandlung stellte, bemerkte er, daß dem Budgetausschuß nichts anderes übrig bleiben wird, als den Voranschlag unverbändert anzunehmen. Diesem Gedanken haben die Mehrheitsparteien insoweit Rechnung getragen, als sie die Gesamtverhandlungsdauer mit drei Tagen festgesetzt haben. Unsere Partei ist in dem Budgetausschuß durch die Senatoren Rejzl und Stark vertreten.

Der Vorsitzende Senator Jiraset eröffnete die Sitzung um halb 9 Uhr vormittags. Senator Prof. Horaček betonte die Rechte des Senates, der bisher in mancher Beziehung übergangen wurde. Ferner verlangte er die Teilung der Ausgaben in Sach- und persönliche Ausgaben. Weiters stellte er fest, daß das Budget zu hoch gegen dem des österreichischen Staates wäre und verlangte eine verschärfte Kontrolle der Wirtschaft der autonomen Körperschaften durch die Regierung. Schließlich verlangte Senator Professor Horaček, daß die Zinsen der Vorkriegsrenten zur Auszahlung zu bringen wären. Zum Schluß seiner Ausführungen bemerkte er, daß die Finanzpolitik in starken energischen und zielbewußten Händen liege.

Sodann gelangte Finanzminister Dr. Rasin zum Wort, welcher erklärte, daß er die Kritik, die an dem Vorschlag geübt werde, gern höre. Die Kontrolle der Landesbudget unterliege seiner Meinung nach der Regierung. Die Zinsen der Vorkriegsrenten sollen demnach durch die Losanleihe bezahlt werden. Der Finanzminister sieht in finanzieller Hinsicht den Himmel voller Geigen. Nicht begreifen kann der Finanzminister, daß das Wort „Krise“ derzeit so oft gebraucht wird. Er greift unter anderem folgende statistische Zahlen heraus: Baumwollfabrikate wurden im August 1922 20.000 Zentner ausgeführt, gegen 5000 Zentner

**Die Demission des Ministeriums Pašić.**

Belgrad, 4. Dezember. (Tsch. B. B.) Ministerpräsident Pašić überreichte heute, wie bereits gemeldet, dem Könige die Demission des Gesamtministeriums. Dient ist die schon seit Monaten andauernde Ministerkrise in ein aktives Stadium getreten. Die unmittelbare Ursache der Demission war, daß der Führer der einregierenden Partei der Koalition, nämlich der Demokrat, Juba Davidović, trotz der wiederholten Proteste der Radikalen die Unterhandlungen mit den Vertretern des kroatischen Blocks fortsetzte, welche eine Aenderung der Regierung bezweckten. Die unter Führung Zvetofar Pribičević stehende rechtsseitige Gruppe der Demokraten versuchte zwar, die Demission des Ministeriums Pašić noch so lange hinauszuschieben, bis die Verhältnisse innerhalb der demokratischen Partei geklärt würden, doch sah sich die Regierung angezichts der entschlossenen Haltung der Radikalen veranlaßt, bereits heute ihre Demission zu überreichen.

In der morgen stattfindenden Sitzung des Demokratenklubs wird sich entscheiden, ob Pribičević oder Davidović die Oberhand in der demokratischen Partei gewinnen wird. Daraus wird auch die Entwicklung der Krise selbst abhängen. In politischen Kreisen wird die Ansicht vertreten, daß es Pašić trotz der Bestrebungen des Abg. Davidović nach Sprengung der radikal-demokratischen Koalition und Schaffung eines serbokroatischen Regierungsblocks versuchen wird, die gegenwärtige Koalition durch Rekonstruktion sei-

nes Kabinettes aufrecht zu erhalten, zumal sowohl das Parlament als auch die Krone den gegenwärtigen Augenblick als nicht opportun für eine große Parlamentarische Erneuerung. Insbesondere wird in Hoffreisen dahin gewirkt, daß vor der Auflösung des Parlamentes, welches sich nach Sprengung der radikal-demokratischen Koalition als unabwendlich herausstellen würde, die dringenden Gesetzesvorlagen, insbesondere das Beamten- und das Invalidengesetz, das Budget und die Steuerreform, erledigt werden.

Die tatsächliche Lösung der Krise hängt im wesentlichen von der Haltung ab, welche der kroatische Block nimmere einnehmen wird. In den seit dem Herbst geführten Verhandlungen wurde seitens der kroatischen Politiker immer wieder betont, daß die Teilnahme der Kroaten erst nach dem Rücktritte Pašić und Pribičević möglich sei, da diesen beiden Staatsmännern von kroatischer Seite die Hauptschuld an dem zwischen Serben und den Kroaten bestehenden Zerwürfnis beigemessen wird. Sollte jedoch die Krone auf dem Verbleiben des Ministeriums Pašić im Amte bestehen, dann werden die Kroaten voraussichtlich weiter in der Abstinenz verharrten und in diesem Falle wäre es nicht unwahrscheinlich, daß die definitive Lösung der inneren Lage durch eine einfache Rekonstruktion des Ministeriums Pašić bis zum Frühjahr aufgeschoben würde.

im August 1921, in Zement betragen die betreffenden Ziffern 37.000 Zentner, resp. 16.000 Zentner. Die Ausfuhr der Konfektionswaren blieb unverändert. Wenn wir unsere Handelsbilanz betrachten, so sehen wir, daß die Ausfuhr vom Jänner bis September 1921 73.523.250 Zentner und 3 Millionen Stück betragen hat, während sie vom Jänner bis September 1922 72.748.000 und 3474 Millionen betragen hat. Aus diesen und ähnlichen Zahlen und aus der Senkung der Indexziffern folgerte er, daß es eine Krise nicht gibt. Energisches Eingreifen stellte er in der Beamtenfrage in Aussicht. Der Staat bezahle 951.000 Personen, nicht inbegriffen die Lehrer, jedoch jeder 13. Mensch vom Staate Gehalt erhalte. Im alten Oesterreich entfielen auf 28 Millionen Einwohner 250.000 Beamte. Daraus ergebe sich die Notwendigkeit eines Beamten- und eines Gehaltsabbaues. Von einem Abbau der Steuern will Herr Dr. Rasin nichts wissen, bevor nicht die Staatsausgaben herabgesetzt sind. Namentlich traut er sich zu behaupten, daß sich eine Herabsetzung der Lohnsteuer im Preis der Industriearbeit für den Konsumenten kaum fühlbar machen würde. Eigenmächtig muiet die Erklärung des Finanzministers an, daß wir immer auf das Ausland schauen und uns nicht getrauten zu sagen: „Wir können es besser.“ Denn im selben Atemzuge erklärte er, daß unsere Gesundheit abhängt von den Dingen in unseren Nachbarstaaten. Was die Vermögen- und Zuwachsteuer anlangt, ist der Finanzminister nicht gegen eine Novellierung, sondern gegen eine Neuaufnahme. In der Frage der Kriegsanleihe erklärte der Finanzminister, nichts anderes tun zu können, als das Gesetz über die vierte Staatsanleihe zur Anwendung zu bringen, wobei er von Erleichterungen spricht, die im Rahmen des Gesetzes gegeben sind.

Es gelangten sodann mehrere Pro- und Kontrarede zum Worte, unter denen wir

**Genossen Senator Rejzl**

hervorhoben. Er führte u. a. aus:

Der Herr Berichterstatter und ebenso der Herr Finanzminister haben uns heute versichert, daß der Ausschuß des Senates das vollkommene Recht der Kritik an dem Staatsvoranschlag haben. Beide Herren haben sich aber wohlweislich gehütet, mehr als dieses Recht der Kritik zuzugestehen und sie wissen warum. Die Öffentlichkeit weiß, daß der ursprüngliche Voranschlag viel bedeutendere Abgänge hatte als der heute uns vorliegende. Es müßte da in verschiedener Art und nicht sagen, ob alle diese Ziffern des Voranschlages wirklich diejenigen sind, die der Staat als solcher benötigt. Der Herr Berichterstatter hat auch eine verschärfte Kontrolle der autonomen Körperschaften gefordert und der Herr Finanzminister hat diese Forderung unterstützt. In der Praxis läuft diese Forderung auf die Verschärfung der Autonomie dieser Körperschaften hinaus. Wir müssen uns gegen solche Versuche stellen, weil sie nichts anderes sind als eine Verkürzung der Rechte der Staatsbürger bei der Gemeindeverwaltung. Ausgezeichnet hat mir eine Bemerkung des Herrn Berichterstatters gefallen, der an den Finanzminister den Wunsch richtete, die Kriegsanleihefrage einer Regelung zuzuführen, wobei er hinzufügte, daß diese Frage durch die Schuld derjenigen, die an der Lösung der Kriegsanleihefrage das größte Interesse haben, bis heute nicht bereinigt ist. Das kann doch nicht ganz stimmen, denn diejenigen, die heute Kriegsanleihe besitzen, haben doch sicher den schärfsten Wunsch, daß diese Frage bereinigt wird. Aber die Sache ist die, daß die Lösung, wie sie der Staat vorschlägt, keinen Besitzer von Kriegsanleihe, welcher Art immer, befriedigen kann.

Der Finanzminister sieht den Himmel voller Geigen. Das Wort Krise sei nur ein Wort und das Leben sei stärker als der Tod. Ich möchte den Herrn Finanzminister einmal zu uns hinausführen. Ich gebe zu, daß die Krise in den tschechischen Gegenden bei weitem nicht so schlimm ist.

Wenn man von draußen nach Prag fährt, so sieht man, daß in den tschechischen Gegenden doch eine Anzahl von Fabriken arbeitet, während bei uns im Norden fast alle Arbeit ruht. Der Herr Finanzminister kann sich augenscheinlich überzeugen, daß in den deutschen Gegenden die Krise wahrlich kein Schlagwort ist, sondern daß die Verhältnisse dort fast unerträglich sind. Wenn die Massen sich nicht mehr ernähren können, dann kann man wohl nicht von der Krise als von einem Schlagwort sprechen.

Wenn der Herr Finanzminister meint, wir haben zuviel Angestellte, zuviel Beamte und auch die Industrie geht mit Entlassungen vor, so sage ich ihm, was denn mit den Leuten geschehen soll, die entlassen werden, was die Tansende machen sollen, die der Staat sich anschickt herauszuwerfen. In Wirklichkeit hat ja der Staat das Signal zum Lohnabbau gegeben und ist mit schlechtem Beispiel schon im Vorjahr vorangegangen.

Wir verkennen durchaus nicht, daß, wenn die Preise sinken, auch die Löhne abgebaut werden müssen. Aber in der Art und Form, wie es von Seite des Staates geschehen ist und geschieht und wie es von der Industrie nachgehakt wird, werden wir keine Konsolidierung, keine ungestörte Entwicklung im Innern haben, sondern diese Politik wird nur eine Kette von schweren Wirtschaftskrisen, Wirtschaftskrisen, Streiks und Aussparungen zur Folge haben.

Der Herr Finanzminister ist für die Novellierung der Vermögensabgabe und der Wertzuwachssteuer, nicht aber für die Neuaufnahme. Der Effekt dieser Novellierung wird sein, daß aus ihr nicht werden wird, was aus ihr hätte werden sollen, daß der Staat aus ihr keine nennhaften Einnahmen haben wird, daß sich viele durch altertümliche Praktiken der Vermögensabgabe entziehen werden.

Im übrigen möchte ich zum Budget folgendes sagen: wir wissen, daß alle unsere Anträge unberücksichtigt bleiben werden, selbst jene vier Anträge im Abgeordnetenhause, die den koalitierten Parteien zugehen, wurden nicht in unserer Form, sondern als Anträge der koalitierten Partei angenommen. Es besteht eben das Bestreben, sachliche Mitarbeit der Opposition ganz auszuschalten und die Arbeit der Opposition nicht zum Bewußtsein des Volkes kommen zu lassen.

Der Minister für soziale Fürsorge hat selbst zugestanden, daß im letzten Monate die Ausgaben für die Arbeitslosenunterstützung 25 Millionen erreicht haben wird. Der Betrag, der dem Ministerium zur Verfügung steht, ist derart niedrig, daß eine Katastrophe zu befürchten ist. Die Bestimmung, daß Arbeitslose nach sechs oder neun Monaten Arbeitslosigkeit keine weitere Unterstützung mehr erhalten sollen, läßt sich heute nicht mehr begründen, weil heute niemand mehr Arbeitsgelegenheit bekommt.

Diese Politik muß wohl über kurz oder lang Zustände zeitigen, deren die Regierung nicht wird Herr werden können, auch nicht jene Elemente der Arbeiterschaft, die bestrebt sind, Ordnung und Ruhe aufrecht zu erhalten.

In der Nachmittagsitzung gelangte das Kapitel IX „Ministerratspräsidium“ zur Verhandlung. Zu diesem Kapitel stellte der Senator Genosse Stark nachstehende Anträge: „Im Titel 1 § 2 ist der Betrag von 8 Millionen zu streichen.“ „Im Titel 7 ist der § 3, und zwar der Betrag von 7.157.387 Kz und im Titel 7 § 3 der Einnahmebetrag von 5.991.000 Kz zu streichen.“ Zum Kapitel „Bodenamt“ verlangte Genosse Senator Stark im Bezuge auf dessen Zusammensetzung die längst fällig gewesene Wahl der Vertreter des Bodenamtes, wie in der Verfassung festgelegt ist.

**Genossen, leset und verbreitet die Arbeiterpresse.**

**Inland.**

Gemeindewahlen im September. Wie im Abgeordnetenhause verlaute, steht es nunmehr fest, daß die Gemeindewahlen im September stattfinden, da am 15. August die Wirksamkeit der bestehenden Gemeindevertretungen erlischt, und von einer abermaligen Verschiebung der Gemeindewahlen nicht die Rede ist, da die Mehrzahl der Koalitionsparteien die Durchführung der Gemeindewahlen verlangt. Besonders die Tschechisch-Amerikaner sollen es gewesen sein, die sich in der letzten Sitzung des Koalitionsausschusses gegen eine Verschiebung der Wahlen wandten. Die Wahlen werden nicht an einem Tage stattfinden, sondern an drei oder vier einanderfolgenden Sonntagen. Es geschieht dies angeblich aus dem Grunde, weil sich bei den letzten Gemeindewahlen angeblich gezeigt hat, daß die Behörden, wenn die Gemeindewahlen in der ganzen Republik an einem Tage stattfinden, zu sehr belastet würden.

Und dieser Mann war dem Herrn Lodgman zu wenig radikal! Der von Lodgman „juridizierten“ Leptiter Bürgermeister Dr. Walther hat sich bekanntlich, nachdem er das Mißtrauensvotum gegen seinen deutschnationalen „Kampf“-Willen als Bürgermeister verschmerzt hatte, wiederum bewegen lassen, wiederum ein Vertrauensvotum der christlich-deutschen Wählerchaft von Leptitz anzunehmen und auf den verlassenen Bürgermeisterstuhl zurückzuführen. Diesem auch nicht unehelichen Kapitel deutschnationaler Politik widmet die Leptiter „Freiheit“ einen „Müßblich“, in dem es unter anderem heißt: „Und dieses Mißtrauen — denn es war ein Mißtrauensvotum —, dem Dr. Walther, der doch schon der „Radikalste“ einer war zu einer Zeit, da Dr. Lodgman in radikalen Kreisen überhaupt noch nicht ernst genommen wurde! Wir erinnern uns einer deutschradikalen Wählerversammlung im Jahre 1913, in der Herr Dr. Walther zu Kampfen gelobte, bis die Sozialdemokratie im Bezirke Leptitz verschwunden sein werde! Und noch ein paar Jahre früher, da führte Herr Dr. Walther, damals noch ein jugendlicher Heißsporn, den Kampf gegen die Sozialdemokraten mit einer Bravour, die den Dr. Lodgman heute noch zu heller Bewunderung hinreißt! Wieder einmal war die kerndeutsche Stadt Leptitz-Schönan von der Gefahr einer sozialdemokratischen Raifester bedroht. Da wurden in Leptitz Bezirke Flugblätter Dr. Walthers verbreitet, die zur Voderung der Dachziegel aufforderten, wenn die Notizen anmarschieren würden! Und dieser Held, dieser Siegfried der Deutschnationalen, dieser Hülfste ihrer Kämpfer wurde nun wegen seiner „nicht genug entschiedenen Haltung“ vom Bürgermeisterstuhl gestochen und zum Abschied nur noch gnädig der „vollen Wertschätzung“ verächtlich! Undank ist auch der Deutschnationalen Lohn...! Herr Dr. Walther wird seine Demütigung, Herr Dr. Lodgman seine Blamage, die Nationalpartei ihren schmachlichen Rückzug nach schmetternder Kampfanfrage vergessen.“

Wieder einmal ein Spiritusfandal. Der Vorstand der Kontrollabteilung der Spiritusverkaufssteuer im Prag Hans Friedländer verschaffte sich im März 1920 amtliche Anweisungen für Spiritus und trat mit dem Besitzer der Dnitzer Firma Fleischmanns Witwe, Moritz Donath, in Verbindung und bot ihm 200 Hektoliter reinen Spiritus für eine Provision von 12 Kronen per Liter an. Donath ging auf das Anerbieten Friedländers ein und bezog von der Spiritusfabrik in Linnitz-Hodolein die 200 Hektoliter Spiritus zum Preise von 28 Kronen per Liter. Der Spiritus wurde Donath vom Oberdirektor der Hodoleiner Spiritusfabrik Pollat und vom Direktor Hecht ausgegeben, trotzdem die beiden nicht die Ueberzeugung gewinnen konnten, daß Donath sich die Spiritusanweisungen auf legalem Wege verschafft hatte, da er dazu kein Anrecht besaß. Friedländer erhielt als Provision und für seine Anstalten bei diesem Geschäft eine Million Kronen. Heuchliche Geschäfte hat Friedländer mit Donath noch einige durchgeföhrt. Die ganze Sache wurde aber von einem Beteiligten verriet und Donath wurde verhaftet. Nach 14 Tagen ließ man ihn gegen eine Kaution von einer Million frei. Bei der Untersuchung wurde eine ganze Reihe von Beamten kompromittiert und gleichfalls verhaftet. Der Verteidiger des Fabrikanten Donath Dr. Moritz Kruban in Linnitz reichte im Verlauf des Prozesses ein Gnadengesuch ein und der Prosch wurde im September 1922 niedergeschlagen. Donath, der eine Strafe von 500.000 Kronen hätte zahlen sollen, bekam diese Strafe auf 20.000 Kronen ermäßigt. Das „Pravo Lidu“, dem wir die Daten dieser neuesten Spiritusfandalaffäre entnehmen, fordert in energischer Weise, daß endlich einmal im Justizministerium eine gründliche Revision vorgenommen werde, damit es nicht mehr vorkomme, daß Leute, die den Staat um Millionen betrogen haben, straflos ausgehen.

**Die deutsch-rumänischen Verhandlungen**

Berlin, 5. Dezember. (Eigenbericht.) Die deutsch-rumänischen Verhandlungen zur Klärung gewisser Finanz- und Wirtschaftsfragen haben heute in Bukarest unter der Leitung von Neuburgs begonnen. Es handelt sich vor allem darum, Rumänien zu bewegen, den Artikel des Friedensvertrages, der bestimmte Sperrenmaßnahmen enthält, zurückzunehmen, wie es bereits einige Staaten getan haben.

# Ausland.

## Die griechisch-bulgarischen Minderheiten und der Völkerverbund.

Die deutsche Völkerverbundliga in der tschechoslowakischen Republik teilt mit: Am 13. November 1919 wurde zwischen Bulgarien und Griechenland ein Vertrag abgeschlossen, der die wechselseitige freiwillige Auswanderung der griechischen Minderheiten in Bulgarien und der bulgarischen Minderheiten in Griechenland in ihre Stammesgebiete Staaten regeln sollte. Die Arbeiten wurden einer Kommission übertragen, die aus je einem Vertreter der beiden genannten Staaten und aus zwei Delegierten des Völkerverbundes bestand. Rummel liegt der Bericht dieser Kommission an den Völkerverbund vor. Ihre Aufgabe bestand im Allgemeinen darin, diese Auswanderungen zu überwachen und zu erleichtern, sie bestimmte die Art und Weise der Auswanderungen und war mit den damit verbundenen Liquidierungen der Besitztümer betraut. Es kamen bei dieser Auswanderung die armenischen unter der Patronanz des Völkerverbundes stattfand etwa 30.000 Griechen und 150.000-200.000 Bulgaren in Betracht, die in ihre Stammesländer übersiedelt sind. Der Bericht der Kommission schließt mit der Bemerkung, daß auf einem Gebiet, wo die beiderseitigen Vorurteile besonders stark waren, eine Verständigung zwischen den beiden Regierungen möglich gewesen ist, und gefunden Rechtschaffenheit und teilweise sogar edelmütigen Zucht zum Triumphe verholfen hat. — Der hier von der Völkerverbundliga dargestellte Fall erhält erhöhte Bedeutung, da sich in Lausanne Griechen und Türken über einen ähnlichen Austausch einigen sollen. Das Beispiel, wenn es gelungen ist, gibt jedenfalls einen Anreiz zur Nachahmung.

## Telegramme.

### Elßaß-Lothringen unter französischer Verwaltung.

Paris, 4. Dezember. Bei der Fortsetzung der Debatte über das Budget für Elßaß-Lothringen erklärte der Abgeordnete Schuhmann, man könne die jetzige Verwaltung von Elßaß-Lothringen weder in politischer noch in finanzieller Hinsicht mit der früheren deutschen Verwaltung vergleichen. Es sei möglich, daß die Elßaß-Lothringer mehr als die übrigen Franzosen die Notwendigkeit gründer Reformen der Verwaltung in ganz Frankreich empfinden. Aber Müller sprach von dem Freitag, durch den man geglaubt hatte, die elßaß-Lothringische Frage auf dem Wege der Einverleibung der drei Departements lösen zu können. Elßaß-Lothringen habe politische und religiöse Traditionen, die man respektieren müsse. Overtich wendet sich dagegen, daß die Elßaß-Lothringer als Franzosen zweiter Klasse betrachtet werden und warnt vor einer brutalen Assimilierungspolitik. Das Generalkommissariat würde zum Gegenstand politischer Streitigkeiten werden. — Man sieht daraus, daß auch im Elßaß nicht alle Blütenträume gereift sind. Das Ende des chauvinistischen Raufes ist der Kapenjammer.

### Das Elend der Volksernährung in Deutschland.

Berlin, 5. Dezember. (Eigenbericht.) Die Preissteigerungen, die im November wieder 100 Prozent betragen, haben die sozialdemokratische Fraktion veranlaßt, eine Interpellation einzubringen, in der nach einer Darstellung der gegenwärtigen Lage folgende Fragen enthalten sind: 1. Welche Maßnahmen werden die Regierung zur Sicherstellung der Volksernährung und gegen die Zurückhaltung des Brotgetreides zu ergreifen? 2. Welche Maßnahmen greift sie gegen die Preissteigerung bei Milch, Zucker und sonstigen Lebensmitteln zu treffen? 3. Ist sie bereit, die Umsatzsteuer bei solchen Lebensmitteln aufzuheben, die öffentlich beschaffen werden? — Die Beantwortung der Interpellation ist morgen auf der Tagesordnung des Reichstags.

### Kommunistische Unverschämtheit.

Berlin, 5. Dezember. (Eigenbericht.) Die kommunistische Partei bereitet eine neue Gewerkschaftsaktion vor; es handelt sich diesmal nicht um die Einheitsfront des Proletariats, sondern es soll wieder schmutzige Wäsche gewaschen werden. Für den 10. Dezember ist eine Konferenz der kommunistischen Gewerkschaftler angesetzt. Die kommunistische Zentrale will aber den Delegierten das Fahrgeld nur im äußersten Falle zahlen und fordert, daß nur solche Leute delegiert werden, die einmal von ihrer Gewerkschaft unbehelligt bleiben und die Kosten von derselben auf irgendeine Weise erhalten können. Die Gewerkschaften werden es selbstverständlich ablehnen, die Kommunisten für ihre Zerstörungsarbeit noch zu bezahlen.

### Die Konferenz in Lausanne.

Lausanne, 4. Dezember. (Sabas.) Heute abends berieten Curzon, Barrere und Carroni über den von der Kommission betreffs der Meerengenfrage einzunehmenden Standpunkt. Die Türken gaben gestern die Gründe bekannt, weshalb Ahmet Fethi in der Kommission nicht die Anführer der Türken vorgebracht hat. Die Türken führten aus: Da die Türkei der souveräne Herr der Dardanellen und des Bosphorus ist, ist es gerecht, daß die türkische Delegation die Vorschläge der Mächte anhört, bevor sie ihre eigenen Erwägungen formuliert. Die Delegationen der Alliierten bedauern diesen Standpunkt der Türkei. Allgemein hält man dafür, daß die Konferenz in eine kritische Phase eingetreten ist, welche nur durch den gegenseitigen guten Willen und das engste Einverständnis unter den Alliierten überwunden werden wird.

Lausanne, 5. Dezember. (Sabas.) Die Nachrichten kamen über den Text eines einheitlichen Projektes, das der Meerengenkommission vorgelegt werden wird, überein. Der italienische Delegierte Carroni sprach wohl gestern gewisse mäßige Vorbehalte zu dem erwähnten Projekte aus, heute bestanden jedoch die italienischen Delegierten nicht mehr darauf. Die Meerengenkommission wird ihre Verhandlungen morgen fortsetzen.

### Demission des spanischen Kabinetts.

Madrid, 5. Dezember. (Sabas.) Die Kammer verhandelte über die Ministerkrise, über die Demission des Kammerpräsidenten und die Beschuldigung gegen das Kabinett Alendalazar, wobei es zu stürmischen Ausbrüchen, insbesondere zwischen Sanchez Guerra, Maura, Comba und Lacerda kam. Der Ministerpräsident erlangte, daß die Sitzung unterbrochen werde, da sich die Regierung in statu demissionis befindet. Comba stürzte gegen Lacerda und wollte ihn schlagen. Es kam zu einer unbeschreiblichen Rauferei und zu wüsten Ausbrüchen, wobei Faust und Stoßschläge fielen.

Madrid, 5. Dezember. (Sabas.) Das spanische Kabinett hat demissioniert.

### Schiller auf der Schützeninsel.

Im alten österreichischen Parlament fiel manchmal bei hitzigen Debatten der Ausdruck „Ringelspieltreiber.“ Er war als Verbaljurie gedacht. Hätten die betreffenden Auser auch nur eine leise Ahnung davon gehabt, in welcher erlauchter Gesellschaft sie damit ihre Gegner verletzten, sie hätten sich das Wort zweimal überlegt. Denn niemand geringerer als Schiller hat gelegentlich — während seines Prager Aufenthalts im August 1791 — das Metier eines Ringelspieltreibers ausgeübt: zwar nicht zu Erwerbszwecken, aber immerhin mit sichtbarem Erfolg. Der sichtbare Erfolg bestand in einer klaffenden Stirnwunde, die bei jener Gelegenheit ein kleiner Junge, als blutendes Opfer des Schillerschen Dilettantens auf dem Gebiete der Ringelspielkunst, davontrug.

August Gottlieb Meißner, Professor der Medizin an der Prager Universität und Großvater des Dichters Alfred Meißner, dessen hundertster Geburtstag kürzlich fällig war, schreibt in seinen Reminiscenzen über Schillers äußeren Menschen das harte Urteil nieder: „Es war eine hager, hoch aufgeschossene Gestalt, bleich, sommersprossig, von vorgebeugter Haltung, das röllische Haar in einen Zopf gebunden, im Benehmen von einer gewissen Unbeholfenheit, in seinen Bewegungen edel, sogar links.“ Das kam nicht ganz von Ungefahr: es hat eine ziemliche Dosis Resentiment in diesem Dichterbrieff, der sich wie eine lange Krankheit in den Literaturgeschichten fortgeerbt hat. Provoziert hatte ihn Schiller selbst: durch eben jenes Mißgeschick beim Karusselltreiben, das ihm die schlechte Zensur des alten Meißner eintrug.

Ueber die für Schillers Biographie so verhängnisvolle Episode erzählt Alfred Meißner (in seinen „Noloto-Bildern“) nach den Aufzeichnungen seines Großvaters und nach mündlichen Mitteilungen seines Vaters. „Eines Abends waren sie auf das sogenannte „Alcine Benedig“, die jetzige Schützeninsel gegangen; mein Vater, damals ein sechsjähriger Knabe, begleitete sie. Man gelangte zur Insel auf einer Fähre. Von der „Appareille“, wo man anlegte, führte eine schöne Allee bis zum Schützenhause, auf einem Rest von Eichenstämmen erbaut. Es war eben lebhaft dort, Büchsen knallten in den Ständen; nachdem Schiller sich die Hände des oberen Stockwerks angesehen, die an allen Wänden mit durchschossenen Scheiben dekoriert waren, ging man ein Glas Bier trinken unter den grünen, schattenden Bäumen und horchte der Musik. Da stand denn auch zur Belustigung des Volkes ein Ringelspiel und Schiller ließ den Knaben auf ein Pferd steigen, gab ihm das Papier in die Hand, damit er nach dem Türkentopfe stöße, endlich legte er selbst Hand an, um die Drehscheibe in rascher Bewegung zu setzen. Eine Weile ging alles gut, nun aber legte sich Schiller gar zu heftig an, die Scheibe kam allzusehr in Schwung, der Knabe fiel herab und lag blutend und schreiend da. Gleich darauf wurde er bewußtlos, er hatte sich ein fürchterliches Loch in den Kopf geschlagen. Zeitweilen trug mein Vater die Narbe an der Stirne, hart über dem linken Auge, die ihn an Schillers Besuch im Elternhause und an dessen Mitwirkung am Ringelspiel erinnerte.“

Man begreift nun, weshalb der alte Meißner dem Hofrat Schiller in jenem von der Allgemeinheit adoptierten Signalement „Unbeholfenheit“ und „edle“ sogar „linkische“ Bewegungen vorwarf. Schiller veranlagte sich übrigens für das Porträt in seinen „Kenien“, die unter der Ueberschrift „Alcibiades“ das folgende Epigramm auf Großvater Meißners einst vielgelesenen gleichnamigen Roman enthalten:

„Kommst du aus Deutschland? Sag' an, ob du wirklich ein solcher Hasenfuß bist, wie man bei Euch in Gemälden dich zeigt.“

Daraus klarlich erhellt, daß mit deutschen Dichtern nicht gut Karussellfahren ist.

Bultur.

# Tages-Neuigkeiten.

## Nikolo Erinnerung.

Wenn die Herbsttage Ende November immer früher werden, so daß schon um fünf Uhr nachmittags die Vogenlichter in den Straßen aufleuchten müssen, wenn in den Schaufenstern der Spielwarengeschäfte eine bunte Fülle von Neuheiten ausstrahlt und wenn schließlich auf einem bestimmten Platze eine ganze Stadt von Buden und Verkaufständen erstet, dann beginnt daheim der Vater und die Mutter bereits zu rechnen und geheimnisvolle Dinge vorzubereiten, denn Nikolofest und Weihnachten stehen vor der Türe.

Wie sind wir da als kleine Jungen, mein Bruder und ich, immer um die Buden des Nikolomarktes herumgestanden, wobei wir verlangend all die süße Pracht bemusterten und wohl auch die glücklichen Käufer — so ein klein wenig — um die Möglichkeit beneideten, sich alle Wünsche erfüllen zu können. Denn in unserer Tasche klinkerten nur einige Kreuzer, die uns die Mutter jede Woche als „Taschengeld“ gab; ein jedesmal schärfte sie uns bei diesem feierlichen Momente der Taschengeld-Übergabe ein, ja nur recht sparsam mit jedem Geldstück umzugehen. Und wir waren uns auch unserer Pflicht bewußt, so daß es manchmal, wenn auch nicht sehr häufig, vorkam, daß wir am Schlusse der Woche den uns anvertrauten Besitz ungeschmälert in die Sparbüchse legen konnten.

Ein Nikolomarkt ist mir noch heute klar im Gedächtnis, obwohl ich damals, als ich ihn besuchte, kaum zwölf Jahre alt war. Damals lebte man noch im „tiefsten Frieden“. Die Mutter gab mir nach dem Mittagessen 30 Heller und die Erlaubnis, über dieses Geld frei verfügen zu dürfen. Sofort nach Schulschluß eilte ich natürlich auf den Nikolomarkt. Und überlegte, mich von einer Bude zur anderen durchzudrang, was mir eigentlich am begehrtesten erschienen. Da bestand sich zwischen zwei Buden mit Zügelreien ein kleiner Stand, ein ganz kleiner, armseliger. So eine Art Lukenleiter. Der Mann, der hinter dem improvisierten Tische stand, verkaufte Schuhbänder. „Ein ganzes Duzend — bloß 15 Kreuzer!“ hörte ich ihn ununterbrochen rufen. Seine Worte setzten sich, als ich eine Weile stehen blieb, in meinem Ohre fest und nach langem Überlegen legte ich ihm meine 30 Heller hin und war im Besitze eines ganzen Duzend Schuhbänder. . . .

Am Heimwege kamen mir Gedanken. Was wird die Mutter zu meinem Kaufe sagen? Also, es war nicht so arg. Die Mutter lächelte und der Vater? — der zog ein Schuhband heraus und zerriß es ohne Mühe. . . . Statt mir Zügelreien zu kaufen, habe ich sparsam sein wollen und dachte mir etwas Nützliches zu erwerben. Dafür bin ich einem Marktstrolcher aufgefesien. — Dem Krampus erging es an diesem Abend, als er mich „besuchen“ kam, sehr schlecht. Denn nach der Erfahrung mit den Schuhbändern wollte ich mich überzeugen, ob er echt sei und rief ihm unversehends mit dem angenehmen Schwanz den halben Hofenboden heraus. . . . M. L.

## Organisation der Valutamarder.

In einer Zeit in welcher alles über die natürlichen Grenzen hinauszuzwachen strebt, kann sich auch die Unverschämtheit diesem allgemeinen Drang nicht entziehen. Beweis: ein Sonntags festscheibende Versammlung im Restaurant Kolat in der Jellnergasse in Prag, auf welcher sich die Besitzer von Haus und Grundgütern in Deutschland zusammenschlossen, um sich einer höheren Besteuerung durch die deutschen Behörden wirksam zu widersetzen. Wären das längst in Deutschland angesiedelte Leute, die nun anders behandelt werden sollen als die Einheimischen, so wäre dieser Kampf gegen die Einführung von zweierlei Recht noch verständlich. Tatsächlich aber verammelten sich Sonntags die Profitgeier der tschechischen Valuta, die zu einem nach hiesigen Begriffen lächerlichen Preis, oft um einige tausend Kronen, in Dresden oder an der Döfse Villen und Mietburgen erwarben. Sie enteignen eine von Hunger und Not verfolgte, ihr Leibes losschlagende Bevölkerung, und wenn der deutsche Staat Hand auf diesen durch die tschechische Valuta und nicht durch Arbeit erwachsenen Wertzuwachs zu legen versucht, schreiben sie Zeter und Mordio, rufen die tschechische Regierung um Schutz und Hilfe an, mobilisieren den Schandvertrag von Versailles und verlangen „Gegenmaßnahmen“. Die Rede des Herrn Vorlesenden rief nur so von Entrüstung und verlebtem Rechtsgefühl und das „Prager Tagblatt“ druckt sie, seinem kapitalistischen Instinkt getreu, auf anderthalb Spalten und, mit einem Riesentitel versehen, ihren ganzen schätzbaren Inhalt nach ab. Auch die Adresse, unter der die noch nicht organisierten Valutarier, die sich dem Verband anschließen können, wird fein säuberlich angegeben. So handelt ein Blatt des deutschen Bürgertums einer wirtschaftlichen Bedrohung Deutschlands gegenüber! Wenn es sich auf den einen kritischen Satz seiner Einleitung wird berufen wollen: „Es ist natürlich, daß sich Deutschland mit allen Mitteln gegen diesen Beutezug der Nachbarn wehrt und die Enteignung des Eigentums seiner Bürger zu erschweren sucht“ — so merkt man die Absicht des Alibis, die bei seinem dunklen Geschäft unterlassen zu werden pflegt. Tatsächlich haben im Verband und im „Prager Tagblatt“ zwei würdige Brüder einander gefunden.

Nach Prager Ruf. Die Reaktion, die in den Hochschulen der mitteleuropäischen Länder ihre Heimstätte gefunden hat, macht sich selbstverständlich in den typisch gegenrevolutionären Staaten des Balkans besonders breit. Wir haben schon wiederholt berichtet, mit welchen Mitteln

namentlich in Rumänien die Reaktion arbeitet, und welches Riesenmaß von Leid das Proletariat dieses erzkonservativen Staates erdulden muß. Es ist also durchaus nicht zu verwundern, wenn an den Hochschulen dieses Landes antisemitische Hegezeiten fast unbeschränkter Raum finden. In den letzten Tagen kam es bei der Universität in Klausenburg zu schweren Ausschreitungen. Die jüdischen Hörer werden von den rumänischen Orgehrbrüder nicht mehr in die Vorlesungen von Kurzen zugelassen, und zwar mit der Begründung, daß im anatomischen Institut ausschließlich — christliche Leichen sezieren werden. Die jüdischen Studenten sollen so lange ausgeschlossen bleiben, bis man auch jüdische Leichen auf die Obduzierische bringt. Die Intervention der Professoren und die Warnung des Rektors, daß er die antisemitische Hege mit Energie unterdrücken werde, blieben umsonst; die rumänischen Studenten drangen in das jüdische Studentenheim ein, vertrieben dessen Bewohner und demolierten dann die Redaktion des Klausenburger jüdisch-nationalen Blattes. Vor dem jüdischen Theater kam es dann zu schweren Zusammenstößen, in deren Verlauf mehrere jüdische Studenten verwundet wurden. Bei den Schlägereien im Studentenheim wurde ein Student so schwer verletzt, daß er bald darauf starb.

Ein kommunistisches Urteil über die kommunistische Partei. Wir haben vor kurzem berichtet, daß die beiden kommunistischen Landtagsabgeordneten von Württemberg Hausel und Maier zur sozialdemokratischen Partei zurückgekehrt sind. Die beiden Abgeordneten, die seinerzeit als unabhängige Sozialdemokraten in den Landtag gewählt wurden und bei der Spaltung der kommunistischen Partei beitraten, haben nun bei ihrem Uebertritt eine Erklärung im Landtag abgegeben, in der es unter anderem heißt: „Die Einstellung der kommunistischen Partei bewirkt nicht eine Zusammenfassung und Stärkung sondern die Spaltung und Schwächung der für den proletarischen Kampf unentbehrlichen Kräfte. . . Die von der kommunistischen Partei propagierte mechanische Uebertragung russischer Einrichtungen auf die ganz anders gelagerten deutschen Verhältnisse läuft den Interessen des werktätigen Volkes zuwider. Die Erkenntnis von der Unfruchtbarkeit und Schädlichkeit der kommunistischen Politik hat uns der kommunistischen Partei entfremdet und unser Ausschcheiden aus dieser Partei zur notwendigen Folge gehabt.“ Der Berliner „Vorwärts“ sagt in einer Bemerkung, welche er dieser Erklärung beifügt, daß der eine dieser beiden Kommunisten im vergangenen Jahre längere Zeit in Rußland gewohnt hat. „Die Tatsachen sind stärker als alle Scheuklappen.“

Das Grab Heinrich Heines. Vor zwanzig Jahren, aus Anlaß des hundertsten Geburtstages Heinrich Heines hatte die „Frankfurter Zeitung“ eine Sammlung veranstaltet, aus der Erträgnissen dauernd ein Blumenschmuck auf dem Dichtergrabe Heinrich Heines im Friedhof Montmartre unterhalten wurde. Die Pariser Blümenfirma Deselers hatte es übernommen, für die stete Erneuerung der Blumen zu sorgen, und seit zwei Jahrzehnten sich der Aufgabe gewidmet. Der Krieg unterbrach dann die Verbindungen und die Markterwertung zwang nun dazu, der Garinerfamilie auseinanderzugehen, daß es unmöglich in den jetzigen Verhältnissen den Frühlingsbetrag aufzubringen. Daraufhin erhielt die „Frankfurter Zeitung“ folgende Antwort:

„Wir verstehen vollkommen, daß die gegenwärtige Lage für alle Welt unglücklich ist. Während des Krieges haben wir das Grab des großen Dichters stets unterhalten und wir haben auch ihrer Bitte entsprechend die Absicht, nicht damit aufzuhören. Wie in der Vergangenheit werden wir das Grab pflegen, und wenn die Lage sich wiederherstellt, wie es sich gehört, dann werden Sie unsere Schuldner sein; wenn im Gegenteil die Lage nicht wiederhergestellt wird, dann schulden Sie uns nichts.“

Wir halten es ebenso wie die „Frankfurter Zeitung“ für überflüssig, diesem schlichten Wortlaut etwas hinzuzufügen.

Sturmabteilung Hoffbach. Am 23. November beging die Sturmabteilung Hoffbach in München den vierten Jahrestag ihrer Gründung. Aus dem Bericht der Gründungsfeier geht hervor, daß das kürzlich aufgelöste Freikorps sich jetzt „Vereinigung zur Wahrung der Interessen deutscher Grenzmarken, D.-G. München“ nennt. Zu der Feier waren alle in München anwesenden Vorkämpfer eingeladen. In der Versammlung waren etwa 150 Angehörige der Organisation Hoffbach anwesend, die meist blaue Schürmühen und anstelle der Skarabe ein „A“ auf schwarzer Flagge oder eine kleine goldene Krone trugen. Am Arm trugen sie eine schwarze Binde mit einem silbernen „A“. Außerdem waren zwei Hundertkämpfer der national-sozialistischen Sturmabteilung und, was besonders bemerkenswert ist, ein Duzend Reichswehrsoldaten in Uniform erschienen. Ein Leutnant Heines, der offenbar der Führer der Münchener Ortsgruppe ist, sagte in seiner Begrüßungsansprache, die Münchener Reichswehr sei gut, und es stünde besser um Deutschland, wenn überall in der Reichswehr der alte Freikorps-Geist lebendig wäre. Unter frenetischem Jubel erschien Hoffbach. Er gab eine Geschichte seines Freikorps und machte sich lustig darüber, daß die Regierung seine Vereinigungen nicht so schnell auflösen könne, wie er sie gründe. In einem Jahr werden wir wieder einige Male aufgelöst sein und dennoch weiter bestehen.“ Ueber Oberschlesien sagte Hoffbach: „Ich kann Ihnen hier in Bayern versprechen, daß wir bald aus dem finsternen Teil Oberschlesiens ebenfalls

ein kleines Bayern schaffen werden. Der ehemalige Selbstschuß ist zwar aufgelöst, aber in Wirklichkeit lebt er noch! Auch dort in Oberösterreich weht schon die große rote Fahne, und was darauf ist, weiß jeder! (Das Salentkruz.) Dann gab er seiner Freude darüber Ausdruck, daß es so schön sei, auch unter den Gesetzen zum Schutze der Republik jeden Tag zeigen zu können, „daß wir trotzdem noch leben wollen.“ „Noch niemals haben Majoritäten ein Land gerettet. Deshalb müssen wir uns den Weg bahnen mit Summarien und Bajonetten. Es geht eine Welle von Anzora über Rom nach Deutschland. Davor bebden die Leute, weil die Sippe Angst hat vor dem unbedingten Gehorsam, den unsere Leute geschworen haben. In Bayern habt ihr ja bald Gelegenheit, Taten zu tun. Hoffentlich haben wir auch in Preußen bald Gelegenheit. Vor uns jähren die sogenannten deutschen Machthaber.“ Rohbach begrüßte den nicht anwesenden „großen Führer Hitler“ in Ehrfurcht. Zum Schluß wiederholte er, daß aus Oberösterreich ein zweites Bayern gemacht werden wird und versprach der preussischen Regierung, „die bisher dort noch nichts gemerkt hat, bald ein gehöriges Licht aufzusteden, so daß ihr Licht bald untergeht“.

**Aus der Religionsstunde.** Die Wiener „Arbeiterzeitung“ berichtet wieder einmal von einem Katecheten, der die Religionsstunde dazu benützt, um sich mit den Schulmädchen zu „spielen“. Dieser Zittlichkeitssapient aus dem zehnten Wiener Bezirk, ein bekannter Prügelbereiter und Schimpfer, der mit der Schulbehörde schon wiederholt in Konflikt geraten ist, betreibt die sittlich-religiöse Erziehung der Mädchen auf die Art, daß er sie während der Religionsstunde auf den Schoß nimmt und ihnen den Katechismus so „handgreiflich“ beizubringen sucht, daß sich bereits ein-eine Eltern geweigert haben, ihre Töchter in diese Religionsstunde zu schicken.

**„Andererziehung“ der Reichen.** Die Erziehungsbehörden der Stadt Zürich haben an die Eltern der Schülerinnen ein Rundschreiben gerichtet, in dem sie dringend fordern, daß man den Mordeluxus bei den Kindern nach Möglichkeit einschränke. Es wird hervorgehoben, daß die Schulmädchen in gewissen Schulen tagtäglich in großer Toilette erscheinen, in tiefausgeschnittenen Kleidern nach Pariser Modellen, durchbrochenen Seidenstrümpfen und mit kostbarem Juwelen-schmuck. Es sind das die Töchter der neuen Reichen, die während des Krieges große Vermögen ansammeln konnten. Manche der jungen Damen fahren in ihrem eigenen Kraftwagen zur Schule, und der Luxus ist zu einem wahren Sport geworden, in dem die Mädchen einander zu übertreffen suchen. Die Schulbehörde betont, daß durch eine derartige Leppigkeit, die in so schwierigen Zeiten aufreizend wirken müsse, die Erziehungsarbeit außerordentlich erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht werde.

**Zum Bezug der „Sammlung der Gesetze und Verordnungen“ durch die Gemeinden.** Der Verband der deutschen Selbstverwaltungskörper mit dem Sitze in Tepitz-Schönan verlaubbart Folgendes: In letzterer Zeit verlangen die politischen Bezirksbehörden von den deutschen Gemeinden den Bezug und die Bezahlung eines Stückes der tschechischen Ausgabe der „Sammlung der Gesetze und Verordnungen“ des tschechoslowakischen Staates, obwohl diese Gemeinden bereits die deutsche Ausgabe der Sammlung besitzen, und § 5 des Gesetzes vom 13. März 1919, Slg. Nr. 139, die Gemeinden lediglich zum Bezug und zur Bezahlung eines Abdruckes der Sammlung verpflichtet, also nicht zum Bezug gerade der tschechischen Ausgabe für verbindlich erklärt. Ueber Ersuchen des Verbandes der deutschen Selbstverwaltungskörper hat dessen Vorsitzender-Stellvertreter, Abgeordneter

Karl Cermak, die Angelegenheit im Ministerium des Innern zur Sprache gebracht und dort erfahren, daß die Gemeinden zwar zum Bezug eines Abdruckes der Sammlung verpflichtet sind, ihnen aber die Wahl der sprachlichen Ausgabe freisteht und sie nicht gehalten werden können, neben der deutschen Ausgabe auch die tschechische zu beziehen und zu bezahlen. Da aber dem Verbandsaus vielen Teilen seines Verbandsgebietes Mitteilungen über die bezeichnete Ordnung der politischen Bezirksverwaltungen zugegangen sind, anzunehmen, daß die politischen Bezirksbehörden einen Erlaß ihrer vorgesetzten Behörden mißverstehen haben. Der Verband der deutschen Selbstverwaltungskörper richtet daher unter Einem an das Ministerium des Innern das Ersuchen, die nachgeordneten politischen Behörden in dieser Angelegenheit entsprechend aufklären zu wollen.

Eine mustergültige Preispolitik bereitet die Prager Straßenbahn. Angeht es dessen, daß die Löhne und Gehälter aller Arbeiter- und Angestelltenkategorien herabgesetzt werden. Selt diese Gesellschaft die Preise der sogenannten Vorverkaufskarten erheblich hinauf. „Jednota“, das Blatt der Angestellten der Elektrizitätsunternehmungen teilt mit, daß der Verwaltungsrat der Prager Elektrizitätsunternehmungen folgende Verteuerung der Vorverkaufskarten beschlossen hat. Für städtische Angehörte von 12 auf 20 Kronen, für Mittelschülerkarten von 18 auf 25 Kronen, für Invalidentkarten von 18 auf 25 Kronen, Mittelschülerkarten von 36 auf 42 Kronen, Studentenkarten von 36 auf 42 Kronen, die anderen Streckenkarten von 72 auf 90 Kronen, Lehrerarten von 36 auf 50 Kronen. Diese Preiserhöhung soll am 1. Jänner 1923 in Kraft treten. Es wäre interessant, zu erfahren, wie der föhliche Verwaltungsrat diese so überaus soziale Maßnahme begründet.

**Das neue Gebäude der Polizeidirektion in Prag.** Gestern fand im neuen Gebäude der Prager Polizeidirektion in Prag II, Dittichgasse 19, über Einladung des Polizeipräsidenten Wienert eine Besichtigung durch die gesamte Prager Presse statt. Das neue Gebäude, das sich in acht Stockwerken erhebt, wird die Parkabteilung, das Verkehrsamt, die Disziplinarkommission, die Filmzensur, die pornographische Abteilung und das Waffenparkamt beherbergen. Das Gebäude ist im modernen Sinne erbaut und bietet mit seinen geräumigen Zimmern und Partiefallen die Möglichkeit, den Parteivortrag ohne Reibungen abzuwickeln. Neben diesem neuen Gebäude wird ein weiteres Objekt umgebaut werden, so daß über kurz oder lang die ganze Polizeidirektion, die sich derzeit in der Bartholomäusgasse in einem alten Gebäude befindet, in die Dittichgasse übersiedelt.

**Ausstreitungen bei einem Begräbnis.** Beim Begräbnis der 13jährigen Marie Druha in Prokuth kam es zu großen Ausstreitungen, da das Mädchen, das Selbstmord begangen hatte, vor ihrer Tat erzählt hatte, sie sei infolge Zwistigkeiten mit ihrer Mutter zum Selbstmord gezwungen. Als der Sarg aus der Kirche getragen wurde, wurde die Mutter von der empörten Menge mit Steinen beworfen, sodaß Polizeihilfen herbeigeholt werden mußte. Auch auf dem Heimwege vom Friedhofe fiel die Menge über die Mutter her und prügelte sie durch. Die Angelegenheit wird jedenfalls noch ein gerichtliches Nachspiel haben.

**Töbliche Unglücksfälle.** Im Prager bürgerlichen Brauhaus stürzte der 20jährige Braugehilfe Hode während der Arbeit von einem Brett derart unglücklich vier Meter tief auf den harten Steinboden hinunter, daß er schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht werden mußte, wo er starb. In der Nähe von Georgswalde wurde ein Fabrikarbeiter auf der Landstraße von einem entgegenfahrenden Fuhrwerk erfaßt und etwa 30 Schritte fortgeschleift. Er starb noch in der darauffolgenden Nacht an den schweren Verletzungen.

# Gerichtssaal.

## Verurteilung wegen Aufwiegelung.

In Troppan fand die Hauptverhandlung gegen die Präsidentin des tschechoslowakischen Frauenverbandes Josefina Weber statt, die vor zwei Jahren in Jägerndorf und Troppan über den Sturz der Josefidenämaler, den Boykott der tschechischen Gewerbetreibenden und die Rückzahlung der Steuern gesprochen hatte, worin die Staatsanwaltschaft den Tatbestand der Aufwiegelung erklarte. Josefina Weber wurde zu 14 Tagen Gefängnis, bedingt für ein Jahr, verurteilt. Die mit dem Strafprozeß verbundenen Kosten muß die Angeklagte bezahlen.

## Planmäßige Diebstähle.

**Prag, 4. Dezember.** Bei Wlšram wurde im August vorigen Jahres in einem Wäldchen der 23jährige Franz Konáal festgenommen, bei dem man eine Landkarte fand, auf der er sich alle von ihm in den tschechischen Anichowitz, Senohrab, Cule und Sazava bereits ausgeraubten oder noch auszuraubenden Villen genau verzeichnete. Diese Einträge hat Konáal im Juli und August vorigen Jahres bewerkstelligt. Seine Beute betrug über 40.000 K. — Von einem Straftaten unter Vorbehalt des LGK. Hellriegel wurde Konáal heute zu drei Jahren schwere Kerker verurteilt. Als erschwerender Umstand wurde beim Strafspruch gewertet, daß Konáal — wie durch die bei ihm vorgefundene Karte bewiesen wurde — nach einem genau ausgearbeiteten Plane arbeitete.

## Gestohlene Pflaumenbäume.

**Prag, 5. Dezember.** Dem Landwirt Franz Kollouš in Dopšowiz bei Schlan wurden im Sommer des heurigen Jahres nicht nur die Pflaumen aus dem Garten gestohlen, sondern die Täter gruben ihm junge Pflaumenbäumchen aus und schafften sie fort. Endlich gelang es, die Diebe festzunehmen. Die fünfköpfige Bande hatte sich heute wegen Diebstahls zu verantworten. Nach durchgeführtem Beweisverfahren wurde Josef Schraubel zu einem Monat, Josef Kuziska und Anton Dlouhy zu drei Wochen und Marie Petřelka zu vierzehn Tagen Arrest verurteilt.

# Kleine Chronik.

**Von Peking nach Kallutta zu Fuß.** In Kallutta ist der Engländer Pereira angekommen, der die 7000 englische Meilen lange Strecke von Peking nach Kallutta zu Fuß zurückgelegt hat. Pereira hat in Tibet einen Berg namens Amno-Rachin gesehen, der ganz in Schnee und Eis gehüllt ist und der höchste Berg der Welt sein soll. Der Engländer wurde auch in die Stadt Thessa eingelassen und vom Dalei-Lama empfangen.

**Refordleistung der drahtlosen Telephonie.** Kapitän G. R. Dinchliffe, der Leiter des zwischen London und Amsterdam verkehrenden Flugpostdienstes, hat kürzlich eine Leistung erzielt, die für die drahtlose Telephonie zwischen Luft und Boden einen Reford bedeutet. Er stand während der ganzen Reise in Verbindung mit der drahtlosen Station des britischen Luftministeriums in Croydon und verständigte sich auf drahtlosem Wege noch mit der Landstation, als er bereits über den Flugplatz in Amsterdam, also etwa 380 Kilometer, emfienf. Es ist dies die größte Entfernung, über die bisher aus einem Flugzeug mit der Bodenstation auf drahtlosem Wege ein Ferngespräch geführt wurde.

**Das Negerproblem in Amerika.** Die Bevölkerung der Vereinigten Staaten besteht zu einem Zehn-

tel aus Angehörigen der schwarzen Rasse. Davon entfallen fünf Sechstel auf die Südstaaten, wo sie fast die Hälfte der Bevölkerung ausmachen, aber unter einem sozialen System leben, das wie ein Ueberbleibsel der Sklaverei anmutet. Ihre politischen Rechte stehen nur auf dem Papier und sind in jeder Beziehung benachteiligt. Die über die Städte des Nordens verstreuten Neger haben bis vor kurzem einen so geringen Bruchteil der Bevölkerung dargestellt, daß Schwierigkeiten noch nicht entstanden waren. Aber der Arbeitermangel, der durch Einwanderungsperrre zu Beginn des Krieges und durch die siebenthoft Entwicklung der Rüstungsindustrie hervorgerufen war, verursachte einen starken Zustrom von Negern aus dem Süden nach den Industriestädten des mittleren Westens. Die damit zusammenhängenden Unruhen in East Saint Louis im Jahre 1917, in Chester in Pennsylvania, in Chicago und Washington im Jahre 1919 zwangen die Oeffentlichkeit, sich mit dem schwierigen Problem, das sich so tragisch ausgewirkt hatte, zu beschäftigen. Der Gouverneur von Illinois ernannte damals zum Studium der Frage eine Kommission, die sich aus Angehörigen beider Rassen zusammensetzte und deren Gutachten jetzt vorliegt. Die Kommission hat eingehende Untersuchungen über die Wohnverhältnisse, die Verbrechensstatistik und die Beteiligung der Neger an der Industrie und über die Beziehungen der Rassen untereinander angestellt. Bei den Chicagoer Unruhen im Jahre 1919 sind 15 Weiße und 23 Neger getötet worden; Tausende von Negerwohnungen wurden demoliert. Mehr als die unmittelbaren Anlässe dieser Ereignisse interessiert die psychologische und wirtschaftliche Grundlage, auf der sie entstehen konnten. Von 1916 bis 1918 sind eine halbe Million Neger nach dem Norden gekommen; 65.000 davon machten sich in Chicago anständig, dessen schwarze Bevölkerung dadurch auf das Doppelte stieg. Die Neuanwanderlinge stammten aus den rüchständigen Landgemeinden, des Südens, sie hatten kaum Erziehungsmöglichkeiten gehabt, waren schlecht gekleidet und schmutzig. In der Landwirtschaft hatten sie etwa einen Dollar täglich verdient; in den Fabriken Chicagos bekamen sie Beschäftigung für das Dreifache, ja für das Sechsfache bis Achtfache. Sie waren dort eine von den Weißen völlig getrennte Klasse gewesen, jetzt sahen sie sich auf einmal mitten unter ihnen, mit ihnen arbeitend und neben ihnen in der Straßenbahn sitzend. Sie verließen die Negerviertel und drangen in die anderen Stadtteile ein. In den meisten amerikanischen Städten hat sich ganz von selbst eine Trennung der Wohngegenden vollzogen; in den Negervierteln gelten die Grundstücke als weniger wertvoll. Die Wertminderung der Gegenden, in welche die Neger jetzt kamen, beruht aber nur auf dem allgemeinen Vorurteil, nicht darin, daß die schwarzen Bewohner durch Vernachlässigung und dergl. die Häuser hätten herabkommen lassen. Maßnahmen der Polizei, die z. B. den Aufenthalt der Prostituierten in den Negervierteln begünstigte, kamen hinzu. Zu den wirtschaftlichen Gründen des Negerhaßes gesellen sich die psychologischen, vor allem unausrottbare Vorurteile wie das, daß der Verstand der Neger sich nicht mehr weiter entwickle, wenn sie mannbar geworden sind, oder daß die Neger zu geschlechtlichen Verbrechen neigen. Ein durchgreifendes Heilmittel gibt es nach der Ansicht der Kommission nicht. Sie empfiehlt rüchschloßvolles Vorgehen der Polizei, sanitäre Maßnahmen in den Negervierteln, bessere Schulen und Erholungspflätzen für die Schwarzen, taktvolles Verhalten in den Unternehmungen, wo beide Rassen gemeinsam arbeiten, und vor allem Erziehung zu größerer Toleranz. Wie lang der Weg bis zu einer friedlichen Lösung des Problems noch ist, geht daraus hervor, daß im Staat Georgia, in dem fast jeder Ort einen Ausfluß zur Prüfung von Rassenfragen besitzt, in zwei Monaten neun Schwarze das Opfer der Lynchjustiz geworden sind.

Copyright 1922 by The Mall-Verlag, Berlin-Gatow.

# Man nennt mich Zimmermann.

Roman von Upton Sinclair. (29)  
Autor. Uebersetzung von Gernyina zur Mählen.

Vor mir sitzen junge Proletarierinnen: Ihr Frauen, sagt euch selbst: Ich reife von meinen Fingern die Minge, die aus dem Blut und den Tränen meiner Mitmenschen geschmiedet sind, ich wasche von meinem Antlitz die Schminke, reihe von meinem Kopf und meinem Busen die törichtigen Federn und Bänder. Ich wage in einer Welt der Lügen die Wahrheit zu sprechen. Ich wage zu sein, was ich bin. Ich wage es, Männern und Frauen gegenüber aufrichtig zu sein.

Vor mir sitzen junge Proletarier. Ich sage euch, liebt gute Frauen, nicht Huren, und jene, die Huren nachäffen. Bewundert nicht die mühen Frauen der herrschenden Klasse, noch jene, die sie nachahmen und dadurch verherlichen. Bewundert nicht träge Glieder und schmollende gekräuselte Lippen und die Zeichen des Hochmuts und der Eitelkeit, die euch verflauen.

Ein Baum wird an seinen Früchten erkannt, und die Herren erkennen man an dem reden, das sie ihren Rechten bereiten. Man erkennt sie am Glend und der Arbeitslosigkeit, an Seuche und Hungersnot, am Krieg und der Hinneigung des Volkes. Das Urteil soll über sie ausgesprochen werden.

Ihr habt gehört, daß gelehrt wird: Jeder für sich und der Teufel hole den Hinterrann. Ich aber sage euch: Wenn ein Mensch nicht arbeitet, so soll er hungern, wenn er nicht dient, so sei er für euch wie ein Verbrecher. Denn wenn einer müßiggeht, so beweist dies, daß ein anderer geraubt worden ist, und wenn einer mit seinem Reichtum prangt, so hat er sich den Bauch mit dem Fleisch seiner Brüder gefüllt. Wahrlich, einer

der wohllebt, während andere hungern, trägt auf sich Blutschuld, und einer, der seinen Mitmenschen verachtet, begeht die Sünde, die nicht vergeben werden kann. Der, der für seinen Reichtum lebt, ist ein reißender Wolf, und die Rache wird ihn verfolgen und zur Erde bringen, aber der, der Gerechtigkeit und Wahrheitsliebe liebt und für diese Dinge wirkt, der weilt am Herzen meines Vaters.

Glaubet nicht, daß ich gekommen bin, um euch Bequemlichkeit und Trägheit zu bringen; ich bringe der Welt Kampf und Unruhe. Denn die Zeit des Martyriums naht und nur von meinem Vater könnt ihr die Kraft erkalten, eure Prüfungen zu ertragen. Jetzt seid ihr müde, aber ihr werdet noch hungrier sein, jetzt seid ihr in Fabriken und Werkstätten eingekerkert, aber ihr werdet in Zuchthäusern schmachten, jetzt werdet ihr mit Peitschen geschlagen, aber ihr werdet mit Keulen geschlagen werden, Augen werden euer Fleisch zerreißen, Feuer wird eure Glieder brennen, Gase werden eure Lungen vergiften — dies ist die Herrschaft der Welt. Ich aber sage euch, bleibt standhaft in eurem Glauben, und niemand wird euch zu besiegen vermögen, denn im Herzen der Menschen liegt die Vergangenheit und die Zukunft, und es gibt bloß eine Macht: die Liebe.

Ihr sagt: die Welt ist böse und die Menschen sind schlecht, weshalb soll ich für sie sterben? Ihr Kleingläubigen, wie viele starben schon vor euch; wollt ihr die Menschheit betrügen? Wenn die Güte in die Welt kommen soll, so muß einer damit beginnen: wer will zusammen mit mir beginnen?

Meine Brüder, ich bin gekommen, um euch den Weg der Gerechtigkeit zu führen. Ich bitte euch, folgt mir, nicht in Leidenschaft und blinder Aufregung, sondern wie Menschen, deren Herz stark ist und die zu dienen verlangen. Denn leicht ist der Weg der Selbstliebe und hart der Weg der Gerechtigkeit. Doch werden ihn einige gehen

und ihre Zahl wird anwachsen, denn das Leben ist schrecklich über alles Ertragen und und der Geist muß neu geboren werden. Bedenkt meine Botschaft: ich werde abermals zu euch sprechen und mein Gesetz wird euch anreden. Die Mächte der Welt finden ein Ende, doch der gute Wille ist unsterblich, und leichter vermag der Körper seinem Schatten zu entgehen, als die Menschheit der Brüderlichkeit zu entgehen vermag.

Er verstumte, und nun erreichte sich etwas Selbstes. Die Hälfte der Zuhörer schnellte auf, rief: „Weiter! Weiter!“ Zweimal versuchte Zimmermann, sich niederzusetzen, sie aber riefen: „Weiter! Weiter!“ Da sprach er: „Brüder, das ist nicht meine Versammlung, es sind noch andere Redner...“ Sie aber riefen: „Wir wollen dich hören!“ Er erwiderte: „Ihr müßt über politische Dinge herab, und eure Führer haben mit euch zu reden. Aber morgen will ich wieder zu euch sprechen. Man hat mir gesagt, daß es in eurer Stadt gestattet ist, an Sonntagen auf der Straße Reden zu halten. Am Morgen will ich in die Kirche gehen, um zu sehen, wie sie dieser Stadt der vielen Wölb meinen Vater anbeten, aber am Mittag will ich an der Ecke der fünften Avenue und der Western-City-Straße eine Versammlung abhalten, und wenn ihr wollt, so könnt ihr mich dort reden hören. Jetzt bitte ich euch, mich zu entschuldigen, denn ich bin müde.“ Er verharrte einen Augenblick reglos und sah, daß, ohgleich er leise gesprochen und seine heftigen Gebärden gemacht hatte, seine Augen dunkel und hohl waren vor Erschöpfung, und daß auf seiner Stirn Schweiß stand.

Er verließ die Tribüne. Der alte Joe und ich drängten zu ihm. Er stand neben Kowoski, dem kleinen russischen Schneider, dessen Sohn er geheilt hatte. Kowoski hat ihn, die Nacht bei ihnen zu verbringen, sein Freund mit dem Frachtwagen sei hier, werde ihn hinfahren. Ich fragte Zimmermann, welche Kirche er am Morgen besuchen werde. Zu meinem Erstaunen erwiderte

er: „Die St. Bartholomäus-Kirche.“ Ich versprach, mich dort einzufinden, dann strebte ich mit dem alten Joe heimwärts.

„Run?“ fragte ich, „wie gefällt er dir?“ Der Mittelstürmer schrie noch eine Weile schweigend dahin, dann erwiderte er: „Weißt du, Billy, wir führen tatsächlich ein verdammt nutzloses Leben.“

„Guter Gott,“ dachte ich. Dies war das erste Anzeichen einer Seele, das ich jemals bei Joe gesehen hatte. „Wohin?“ Du verkaufst Bier, das ist doch nützlich.“

„Das weiß ich nicht. Schau doch, was darauf gedruckt wird: meistens Resame und Schwein del. Uebrigens sah auch ich später den Heiligen scheinen. Wahrscheinlich werde auch ich verrückt.“

34.

Am Sonntagmorgen war es mein erstes, nach der „Western-City-Times“ zu greifen. Ich sah, daß Zimmermann den Reford erreicht hatte: die erste Seite, drei Spalten, mit einer Ueberschrift, die über die ganze Seite reichte:

„DER PROPHET IN DER STADT, ER HEILT DIE KRANKEN, TOBT GEGEN DIE REICHEN, BEHAUPTET, AMERIKA SEI EIN MOBLAND, ERGEHT SICH IN EINER STURZFLUT ROTER HETZREDEN.“

Darauf folgte auf einer halben Seite der Bericht, wie Zimmermann in Western City den Tag verbracht hatte, den er mit einer bolschewistischen Rede vor streikenden Schneidern begonnen. Daraufhin hatte er sich in das jüdische Viertel begeben, und da er hier eine Frau vorgefunden, die einen Negger wegen Preistreiberi beschimpfte, hatte er eine Rede gehalten, den Mob aufgeführt, so daß die Polizeikräfte aufgeboten werden mußten.

(Fortsetzung folgt.)

# Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

## Gegen die Verfechtungswirkung.

In der gestrigen Sitzung des sozialpolitischen Ausschusses des Abgeordnetenhauses stand unter anderem die Regierungenfrage betreffend die Verfechtung, d. h. die Transferrichtung der Staatsangehörigen und der Angehörigen der vom Staat verwalteten Unternehmen und Fonds zur Verhandlung. Dieser Gesetzentwurf wurde bereits vor Jahresfrist von der Regierung im Abgeordnetenhause eingebracht. Er ist datiert vom 22. Dezember 1921 und stand bereits dreimal auf der Tagesordnung des sozialpolitischen Ausschusses, wurde jedoch jedesmal wieder abgesetzt, da sich die Koalitionsparteien nicht einigen konnten. Die Abg. B e c h m a n n (tschechischsozialistische Partei), die vom Ausschusse als Berichterstatterin bestimmt worden war, hat ihr Referat niemals erstattet und legte es nunmehr zurück. Für sie sprang im letzten Moment der Abg. D u b i e k y (tschechischer Agrarier) ein. Ohne jede Vorbereitung und in Unkenntnis der Materie referierte Abg. D u b i e k y. Er beantragte das Eingehen in die Generaldebatte, was von der Regierungsmehrheit, wie nicht anders zu erwarten war, auch beschlossen wurde. In der Generaldebatte nahmen die Abgeordneten Genossen T a u b und G r ü n z n e r das Wort und bekämpften in scharfer und energischer Weise diesen Gesetzentwurf. Abg. Genosse T a u b erklärte u. a.: Gerade diese Vorlage zeige durch ihren bescheidenen Gesetzesentwurf und den umfangreichen Motivenbericht, was die Regierung zu verhalten suche. Dieses Gesetz lasse befürchten, daß es vorwiegend gegen deutsche Staatsbeamte gerichtet ist. Abg. Genosse T a u b vertiefte ferner auch darauf, daß es eines solchen Gesetzes überhaupt nicht bedarf, da der von der Regierung im Motivenberichte angegebene Zweck (Personalausgleich der einzelnen Verwaltungszweige) auf Grund bereits bestehender gesetzlicher Bestimmungen im Wege der inneren Konkurrenzbeschreibung zu erreichen ist. Der Referent habe keine Ausführungen darüber gegeben, ob von der freien Konkurrenzbeziehung Gebrauch gemacht wurde.

Abg. Genosse G r ü n z n e r macht ebenfalls darauf aufmerksam, daß sämtliche Dienstpragmatiken der Staatsbeamten, Eisenbahner und Lehrer Bestimmungen enthalten, welche die Verfechtungen aus sogenannten „Dienstesrückichten“ regeln und daß daher ein solches Gesetz, wie das vorliegende, nicht notwendig sei. Abg. Genosse G r ü n z n e r zeigt an der Hand von Beispielen, wie gerade in jüngster Zeit die Verfechtungen deutscher Eisenbahnbediensteter an Umfang zunehmen und welcher Mißbrauch mit der Bestimmung der Dienstordnung „Dienstesrückichten“ da geübt wird. Die Bürokratie schert sich nicht um gesetzliche Bestimmungen, auch wenn, wie im Motivenberichte angeführt wird, das Gesetz zu Verfechtungen nicht angewendet werden soll, sondern schaltet und waltet einfach nach Belieben. Die meisten der Verfechtungen erfolgen nicht aus Dienstesrückichten, sondern ganz offenkundig aus politischen und nationalen Gründen. Die deutschen Sozialdemokraten lehnen daher ein derartiges Gesetz ab.

Der Berichterstatter beantragte hierauf das Eingehen in die Spezialdebatte, wozu Abg. Genosse T a u b den Uebergang zur Tagesordnung verlangte. Unser Antrag wurde von der Regierungsmehrheit abgelehnt.

Im Verlaufe der Spezialdebatte kam es zur Einsetzung eines Subkomitees, welches der nächsten Sitzung des sozialpolitischen Ausschusses berichten soll.

Eine Novelle zum Gesetz über die Verlängerung der Krankenversicherung der Arbeiter. Die Regierung legte sodann dem Abgeordnetenhause einen Gesetzentwurf vor, mittels welchem einige Bestimmungen betreffend die Krankenversicherung der Arbeiter verlängert werden. Es handelt sich hierbei um die Verlängerung des Gesetzes vom 22. Dezember 1920, § 689, mit dem durch das Gesetz vom 22. Dezember 1921, § 489 festgelegten Abänderungen, für die Zeit vom 1. Jänner bis 30. Juni 1923. Die Motive, die zur Erlassung der zitierten Gesetze führten, gelten auch jetzt noch unvermindert weiter; im Interesse einer ungestörten Funktion der Krankenversicherung ist deshalb die Verlängerung der Wirksamkeit der erwähnten Vorschriften wenigstens auf ein weiteres halbes Jahr unbedingt notwendig. Die Verlängerung der gleichartigen, in der Slowakei und in Karpathenland geltenden diesbezüglichen Bestimmungen geschieht durch Regierungsverordnung, ebenfalls mit Wirksamkeit ab 1. Jänner.

Die neueren Tarife. Im Abgeordnetenhause hielt der slowakische Abgeordnete Cornel Stodola eine Rede, in der er zunächst ausführte, wie die hohen Warentarife die Versorgung der Slowakei und des Staates überhaupt mit Lebensmitteln hindern. Er sagte darüber unter anderem: „Trotz einer ausgezeichneten inländischen Fischereiernte in der Ostslowakei und Karpathenland importieren wir diese Ware stets aus Ungarn. Hunderte von Waggons von Kraut faulen in unseren öffentlichen Kommissen. Infolge der Transportbeschwerden müssen sich noch selbst in der Slowakei Rapone verschiedener Selbstgenügsamkeit bilden. Im Westen mangelt es an Stroh — im Osten ist davon Ueberfluß. Der Wert eines Waggons Stroh beträgt 900 K. Davon sollen auf die Eisenbahnanleihe 200 K abgeführt werden. Der Betrag steht zur Sendung in keinem richtigen Verhältnis und macht das Geschäft unmöglich. Das alte Österreich hatte eine ähnliche Konfiguration wie wir, jedoch bewilligten die galizischen Eisen-

bahnen stets spezielle Begünstigungen für Ackerbauprodukte in andere Länder, wodurch die entfernteren Teile des Reiches sehr zweckmäßig in ein wirtschaftliches Ganzes zusammengefügt wurden.“ — In einem anderen Teil seiner Rede führte der Abgeordnete aus, wie durch die teureren Tarife der Transitverfechtung durch die Tschechoslowakei fast unmöglich gemacht wird. „Nicht nur die unmittelbar an unseren Grenzen liegenden Produktionszentren wie Sachsen, Schlesien senden ihre Ware nach Rumänien, Ungarn, Südrußland nicht den kürzesten natürlichen Weg über unsere Republik, sondern auf großen 1000 Kilometer weiten Umwegen über Deutschland in die betreffenden Länder, aber sogar unsere eigenen Eisenbahnen, z. B. Wittowitz, sind gezwungen, ihre Produkte über polnische Bahnen zu führen. Der Umsatz des Transitverfechtes beträgt daher kaum 1 Prozent unseres inländischen Verfechtes. Der Verkehr zwischen Karpathenland, der Ostslowakei, Frankreich und Deutschland erfolgt infolge unserer hohen Tarife nicht auf natürlichem Wege über Oberberg, Bodenbach oder Eger, sondern unsere Sendungen verlassen gleich bei Cap bei Slov. Nowe Mesto unsere Republik und unsere Bahnen, um über Ungarn, Deutschösterreich ihr Endziel zu erreichen. Dasselbe geschieht mit den Warensendungen der Brettsägen im Komitate Gemer, welche ihre Sendungen nicht über Oberberg dirigieren, sondern über Budapest, Brud, Wien, Passau, nachdem sie auf dieser Route trotz des großen Umweges 500 K pro Waggon ersparen. Unsere Gersten-Transporte aus Arnaba nach Dresden werden nicht über Bodenbach, sondern über Marchegg, Passau nach Bayern gefendet, nachdem auf diese Art auch 500 K per Waggon erspart werden.“ — Aus diesen Darlegungen geht wohl die Notwendigkeit einer Tarifreform zwingend hervor.

Ein neues Gewerkschaftsblatt in Oesterreich. Am 24. November hat in Wien eine Vorstandskonferenz der Gewerkschaften Deutschösterreichs stattgefunden, in der beschlossen wurde, das bisherige Publikationsorgan der Gewerkschaftskommission „Die Gewerkschaft“ mit dem seit der Gewerkschaft der Betriebsräte erscheinenden Organ „Der Betriebsrat“ zu vereinigen und ein neues Zentralorgan der Gewerkschaften, genannt „Arbeit und Wirtschaft“ herauszugeben, das gleichzeitig Publikationsorgan der Arbeiter- und Angestelltenkammer wird.

### Devisenkurse.

Die tschechische Krone notiert in:

Berlin	.....	.....	.....
Wien	.....	.....	.....

### Prager Kurse.

	Geld	Ware
100 holl. Gulden	1250.00	1254.00
100 Reichsmark	671.50	673.50
100 schweiz. Franc	594.25	598.75
100 Dine	158.75	161.25
100 franz. Francs	220.00	221.50
1 Pfund Sterling	142.25	143.75
1 Dollar	31.40.00	31.80.0
100 belg. Francs	202.75	204.25
100 Dinar	43.50	44.00
100 österr. Kronen	422.50	423.50
100 poln. Mark	0.15.65	0.20.65
100 ungar. Kronen	1.30.75	1.40.75

### Züricher Schlusskurse.

Berlin	0.08.25	Paris	87.15.00
Wien	0.00.74	Konstantinopel	28.50.00
Prag	16.80	London	0.22.50
Holland	209.75	Belgrad	7.20.00
Reichsmark	5.29.00	Warschau	0.00.00
London	24.04	Wien pers.	0.00.00

**OSRAM LAMPEN**  
kauft und braucht die ganze Welt

Druck- und Verlagsanstalt Gesellschaft m. b. H. Teplitz-Schönau, Tischlergasse 6, 1002

empfiehlt sich den P. T. Behörden, Vereinen, Organisationen, Gemeinden und Kaufleuten zur Herstellung von Druckorten: wie Tabellen, Böchern, Broschüren, Zeitschriften, Zirkularen, Mitgliedsbüchern, Einladungen, Plakaten, Visitenkarten, Faktoren, Briefpapieren etc. in solider und rascher Ausführung, Seilmaschinenbetrieb und Rotationsbetrieb.

# Vorträge.

Ludwig Willners Goethe-Schiller-Abend. Die Snobs der allerneuesten Richtung haben für Schiller nur noch ein Aehseln übrig und Goethe lassen sie gerade so weit gelten, als nach Abzug gewisser Präzitate wie „schlichte Abgefärbtheit“, „Bornehmtheit“, „Kunstanatier“ u. dgl. eben noch übrig bleiben. Daß aber beide Dichter lebendig sind und wie der Reueften einer erschütternd und begeisternd zu wirken vermögen, bewiesen die immer wieder einsetzenden Beifallsstürme, die Montag abends den bis auf den letzten Platz dicht gefüllten Prager Uraniasaal durchstießen. Das war nicht der vom Respekt abgenötigte, die Seele unbewegt lassende Applaus, mit dem sich so viele Reutöner im Vortragsaal zufriedengeben müssen hier entlid sich vielmehr die Herzlichkeit und Blutwärme des Erlebten und das untrüglige Gefühl, daß Welt herrscher im Reiche des Geistes wieder einmal einige Stunden lang das Wort hatten. Am deutlichsten wurde dies bei Goethes dem breiten Publikum fast unbekanntem „Braub von Korinth“. Die abgehandelte, an alle Geheimnisse der Religionen und des Eros rührende Dichtung wirkte wie eine Offenbarung und weckte in jedem der zu innerst gepackten Hörer eine Fülle von Ahnungen — nicht zum wenigsten freilich durch die Kunst Ludwigs Willners, der ihren verborgenen Sinn mit Seherkraft und mitreißender Gewalt des Vortrages rastlos hervorholte. Das gleiche Bild war ihm beschienen, so oft er sich in rein lyrische Kunstwerke hingebend versenken durfte, in Schillers „Worte des Wahnes“ und „Worte des Glaubens“ und in Goethes „An den Mond“, und ebenso, wenn er, der große Schauspieler, den dramatischen Hero einer Dichtung bloßlegen konnte. „Die Bürgschaft“ bekam in seinem Munde neues Leben, die Szene zwischen Posa und Philipp glänzte von Freiheitspathos und dem Erkenntnisbild eines in seiner Tiefe getroffenen unglücklichen Menschenherzens. Daneben gelangten waren hingegen jene Stücke des Abends, die, lyrisch oder balladisch gedacht, von Willner gewolltem ins Dramatische, will sagen ins Theatralische umgebogen wurden namentlich „Der Fischer“ und „Prometheus“, und auch Andersens „Die Glocke“ hatte einem nicht zu viel zu sagen. Doch wo fände sich nicht unter vollen Früchten eine taube Aue? Der reiche Ertrag des Abends bleibt trotzdem unvergessen. K.

# Turnen und Sport.

Leichtathletik. Die Einführung von Reugeld in Deutschland. Gegen das Nichtantreten gemeldeter Leichtathleten wird nun die Deutsche Sportbehörde in Zukunft mit aller Strenge vorgehen. Als erste Maßregel wurde für die kommende Saison Reugeld eingeführt, das bei der Meldung zu entrichten ist und verfällt, wenn der Konkurrent den Wettkampf nicht bestreitet. Die Höhe des Reugeldes ist aber mit der Summe von 30 Mark selber zu gering angelegt.

**Amerikanische Dauerbrand-Ofen**  
Mehr Wärme bei Holzmaterialersparnis!  
AMERICAN HEATING  
Ahl-Ges. Prag  
Národní 22. Tel. 2438

Mitte des Monats Oktober erscheinen die beiden

**Arbeiter-Kalender**

die vom Parteivorstand herausgegeben werden und zwar der

**Arbeitertaschenkalender**

der wieder eine Fülle des für jeden Arbeiter Wissenswertes aus dem Gebiete der sozialen Gesetzgebung und der Volkswirtschaft enthält und ferner die für jeden Arbeiter notwendigen Adressen, Monatsvermerksblätter, ein Tagebuch für das ganze Jahr 1923 u. noch verschiedenes andere. Gleichzeitig erscheint das

**Arbeiter-Jahrbuch 1923**

das reich illustriert ist, zahlreiche Gedichte, Erzählungen, Aufsätze und Skizzen enthält und im besten Sinne des Wortes ein Handbuch für sozialdemokratische Arbeiter genannt werden kann. — Bestellungen auf die beiden Kalender nehmen unsere Vertrauensmänner jetzt schon entgegen.

Der Taschenkalender wird 6 Kronen und das Arbeiter-Jahrbuch 1923 7 Kronen kosten.

Genossen und Genossinnen! So wie ihr die bürgerliche Presse aus den Arbeiterwohnungen verdrängt, müßt ihr auch die bürgerlichen „Familienkalender“ aus ihnen verdrängen und dafür sorgen daß möglichst viele unserer Arbeiter-Kalender vertrieben werden.

Der Taschenkalender wird 6 Kronen und das Arbeiter-Jahrbuch 1923 7 Kronen kosten.

Genossen und Genossinnen! So wie ihr die bürgerliche Presse aus den Arbeiterwohnungen verdrängt, müßt ihr auch die bürgerlichen „Familienkalender“ aus ihnen verdrängen und dafür sorgen daß möglichst viele unserer Arbeiter-Kalender vertrieben werden.

1257

# Kunst und Wissen.

Neues Theater. Heute, den 6.: Gastspiel von Hermann Stein unter Steinen; Donnerstag, den 7.: Gastspiel Bassermann „Der große Bariton“; Freitag, den 8.: „Dibello“ mit Bassermann; Samstag, den 9.: Urania-Vorstellung „Freiheitskämpfer“, abends „Dollandweibchen“, 10 Uhr nachts: Mary Wigman n-Tanz; abends: Sonntag, den 10.: nachm. „Sans Gene“, abends „Sauberslöte“.

Kleine Bühne. Freitag, den 8.: Verbandsvorstellung „Schöne Seelen“; Samstag, den 9.: „Candiba“; Sonntag, den 10.: „Der müde Theodor“.

## Mitteilungen aus dem Bibliikum.

**Das Beste für Ihre Augen**  
liefert **Optiker Deutsch, Prag**,  
Graben 25, Kl. Basar.  
180

## Preisermäßigung.

Ab heute:  
Ungestreurte Semmeln ..... 20 h  
Gestreurte Semmeln, Kipfel und Banduren ..... 25 h  
Doppelbanduren ..... 40 h  
Zu haben in unseren Filialen und unser Gebäck führenden Zwischenhändlern.  
**Fr. O. Kolek. Act.-Ges.**  
Dampf- und Brofabrik,  
VYSOKÝ AN.  
1256

Rechtzeitig eintreten!  
Weihnachts-Wunderkerzen  
**„UNIO“**  
in bekannter erstklassiger Qualität erhältlich bei allen Grossisten einschlägiger Branchen wo nicht, direkt in der Fabrik UNIO-WERKE G. m. b. H. Pilsen. Vertreter für den Prager Kreis: JOSEF PULLAK, Weinberge, Reasniwa 2, Tel. 219. — Vertreter für den Brünnener Kreis: KARL TANZER, Brünn, Lauritzgasse 15, Tel. 3319 IV. — Vertreter für Mittelmähren: JOSEF TRAJER Prossnitz, Tel. 352. 1242

Herausgeber: Dr. Ludwig Tschek und Karl Cermak.  
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Straub.  
Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag.  
Für den Druck verantwortlich: O. Solik.

**Wettbewerb Teekanne**  
MARKE  
**75000 KČ.**  
Preise

Barpreise im Werte von KČ. 18000  
Warenpreise ..... 57000

Nr. 1 1 Preis in bar ..... KČ. 5000.—  
Nr. 2 1 Preis in bar ..... 4000.—  
Nr. 3 1 Preis in bar ..... 3000.—  
Nr. 4-5 2 Preise à KČ. 2000.— ..... 4000.—  
Nr. 6-7 3 Preise ..... 1000.— ..... 2000.—  
Nr. 8-57 50 Preise — Japanische Original-Aquarelle und Redierungen eines berühmten japanischen Künstlers im Werte von ..... 33400.—  
Nr. 58-257 200 Preise, bestehend aus je einer Original-Teekanne „Marke Teekanne“ Kursaal-Melange, Wert à KČ. 100.— ..... 20000.—  
Nr. 258-457 200 Trostpreise, bestehend aus je einem 100-Gramm-Paket Tee „Marke Teekanne“ Melange G, Wert à KČ. 18.— ..... 3600.—  
KČ. 75000.—

Gefordert werden Musterarbeiten für Kinder- und Damen-Kleidungsstücke, Luxus- und Gebrauchsgegenstände und sonstige kunstgewerbliche oder andere Handarbeiten jeden Genres, hergestellt mit Seidenmustern der „Marke Teekanne“.

Endtermin für Einsendung der Handarbeiten: 1. August 1924.

Die Bedingungen des Preiswettbewerbes sind erhältlich in allen durch Plakate kenntlichen Verkaufsstellen der „Marke Teekanne“ oder gegen Einsendung einer Freimarke (Druck. No) bei der ausschreibenden Firma  
R. Soelig & Hille, Bodenbach an der Elbe.

**Kaufet nur gute Waren**  
zu billigen Preisen. Gaffone KČ. 8.00, Manafaffe KČ. 7.00, Bettuch 148 cm KČ. 10.50, Inlett 1:0 cm KČ. 8.0, Taschentücher, Damast, Grand etc. — Schöner und Ergütlicher in groß. 1244  
Baldousky Breiter & Co., Prag, Celetna 3.